Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/2502

24. 01. 79

Sachgebiet 707

Unterrichtung
durch die Bundesregierung

Jahreswirtschaftsbericht 1979 der Bundesregierung

Inhaltsverzeichnis

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0 22 21) 36 35 51

Gemäß § 2 Abs. 1 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1976 (BGBl. I S. 582) zugeleitet mit Schreiben des Bundeskanzlers — 14 (42) — 600 01 — Ja 10/79 — vom 24. Januar 1979

Jahreswirtschaftsbericht 1979 der Bundesregierung

Gemäß § 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) legt die Bundesregierung hiermit dem Bundestag und dem Bundesrat den Jahreswirtschaftsbericht 1979 vor. Dieser Bericht enthält:

A. eine Darlegung der für das laufende Jahr von der Bundesregierung angestrebten wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele. Die in der Form der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung dargestellte Jahresprojektion 1979 ist zusammen mit einem Rückblick auf das Jahr 1978 als Anlage beigefügt;

B. eine Darlegung der für das laufende Jahr geplanten Wirtschafts- und Finanzpolitik. Wie im Vorjahr nimmt die Bundesregierung in diesem Bericht zu den strukturpolitischen Fragen ausführlicher Stellung. In einer weiteren Anlage wird über den gegenwärtigen Stand der Abwicklung des Programms für Zukunftsinvestitionen berichtet;

C. die Stellungnahme der Bundesregierung zu dem Jahresgutachten des Sachverständigenrates aufgrund von § 6 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 in der Fassung des Gesetzes vom 8. November 1966.

Wie in den vorhergehenden Jahreswirtschaftsberichten nimmt die Bundesregierung nicht nur im Teil C (Stellungnahme im engeren Sinne), sondern auch in den anderen Teilen im Sachzusammenhang zum Jahresgutachten 1978/79 (JG) des Sachverständigenrates Stellung.

A. Für 1979 angestrebte wirtschafts- und finanzpolitische Ziele

I. Ausgangslage

1. Der weltwirtschaftliche Erholungsprozeß machte im abgelaufenen Jahr weiterhin nur leichte Fortschritte. Zwar hat sich der Welthandel erneut ausgeweitet, wenn auch deutlich langsamer als früher. Auch haben einige wichtige Industrieländer bemerkenswerte Erfolge bei der Bekämpfung der Inflation und der Wiederherstellung des Gleichgewichts der Zahlungsbilanz erzielt. Weltweit ist jedoch der Inflationssockel immer noch sehr hoch. Das Wirtschaftswachstum blieb in den meisten Ländern zu schwach und ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit konnte nicht verhindert werden. Es fehlte vor allem noch an sich gegenseitig verstärkenden endogenen Auftriebskräften. Eine Ausnahme waren die Vereinigten Staaten von Amerika; hier hat sich allerdings im vergangenen Jahr das Wachstum verlangsamt und zugleich die Inflation weiter beschleunigt. Die Devisenmärkte blieben vor allem infolge der unterschiedlichen Inflationserwartungen und der Energieeinflüsse während des größten Teils des Jahres durch eine erhebliche Unruhe gekennzeichnet. Obwohl die Energieeinsparung und die Erschließung neuer Energiequellen in einer Reihe von Industriestaaten allmählich vorankommt, sind — wie die jüngste, unerwartet starke Anhebung der Erdölpreise zeigt — weitere beträchtliche Anstrengungen zur Lösung der Energieprobleme notwendig.

Angesichts der fortbestehenden weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten ist die Abstimmung der Wirtschaftspolitik vor allem in der Europäischen Gemeinschaft, zwischen den großen Welthandelsnationen und in den internationalen Organisationen nach wie vor von besonderer Bedeutung. Sie konnte im vergangenen Jahr weiter vertieft werden. Der Europäische Rat beschloß am 6./7. Juli 1978 in Bremen ein gemeinsames Vorgehen der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft zur Erzielung eines fühlbar stärkeren Wirtschaftswachstums und zur Verringerung der Arbeitslosigkeit. Die Staats- und Regierungschefs der großen westlichen Industrienationen und der Präsident der EG-Kommission einigten sich am 16./17. Juli 1978 auf dem Wirtschaftsgipfel in Bonn auf eine umfassende Strategie zur Verbesserung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für mehr Wachstum, höhere Beschäftigung und größere Stabilität. Erstmalig wurden auf dem Bonner Wirtschaftsgipfel auch konkrete — zum Teil größenordnungsmäßig festgelegte — Absichtserklärungen, für die Wirtschaftspolitik der beteiligten Staaten abgegeben. Dabei handelt es sich sowohl um Maßnahmen zur Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage als auch insbesondere um intensive Bemühungen zur Eindämmung der Inflation, zur Sicherung eines freien, weltoffenen Handels, zur Verringerung der Abhängigkeit von Erdölimporten, zur Stabilisierung der Währungsbeziehungen und um einen verbesserten Ressourcentransfer in die Entwicklungsländer.

Die Bundesrepublik Deutschland hat mit den im Juli von der Bundesregierung angekündigten und von Bundestag und Bundesrat im November verabschiedeten Maßnahmen zur Stärkung der Nachfrage und zur Verbesserung der Wachstumsbedingungen die Zusage der deutschen Delegation auf dem Bonner Wirtschaftsgipfel, „quantitativ substantielle Maßnahmen bis zu 1 % des Bruttosozialprodukts" zu ergreifen, voll erfüllt. Sie hat mit ihrem Beitrag zur Abwehr der weltweiten Störungen des wirtschaftlichen Gleichgewichts die stabilitäts- und kapitalmarktpolitischen Möglichkeiten ausgeschöpft. Auch die meisten anderen beteiligten Länder haben im Anschluß an den Bonner Wirtschaftsgipfel neue wirtschaftspolitische Initiativen eingeleitet. Hervorzuheben sind namentlich die mit dem im Herbst angekündigten Anti-Inflationsprogramm und den Dollarstützungsmaßnahmen bekräftigte Entschlossenheit der Regierung der Vereinigten Staaten, die Inflation zu überwinden und zu stabileren Wechselkursbeziehungen beizutragen sowie die von der japanischen Regierung ergriffenen Maßnahmen zur Anregung der Binnennachfrage. Die Bundesregierung erwartet, daß alle Industrienationen die von ihnen bekundeten Absichten voll in die Tat umsetzen, damit sich die Wachstumsbedingungen in der Welt allmählich fühlbar verbessern.

Auch das Europäische Währungssystem, das vom Europäischen Rat am 5. Dezember 1978 beschlossen wurde, zielt darauf ab, nach seinem Inkrafttreten die Rahmenbedingungen für ein nachhaltiges Wachstum in Stabilität und eine schrittweise Rückkehr zur Vollbeschäftigung in Europa zu verbessern. Wichtigste Voraussetzung für einen dauerhaften Erfolg des neuen währungspolitischen Systems ist eine ausreichende Konvergenz der Wirtschaftspolitik der beteiligten Länder. Die Bemühungen darum müssen von dem Bestreben getragen sein, eine größere innere und äußere Stabilität zu gewährleisten. Ein solches stabilitätsorientiertes gemeinsames Währungssystem kann dann auch über die Grenzen der Gemeinschaft hinaus stabilisierend wirken.

Die multilateralen Handelsverhandlungen im Rahmen des GATT stehen nunmehr kurz vor dem Abschluß. Es ist zu erwarten, daß die dabei getroffenen internationalen Vereinbarungen dem Welthandel neue Impulse geben und vor allem einer Ausbreitung wachstumshemmender protektionistischer Bestrebungen entgegenwirken. Von besonderer Bedeutung ist es, daß dadurch auch den Entwicklungsländern eine stärkere Integration in den Welthandel ermöglicht werden soll.

Dennoch bestehen nach wie vor erhebliche weltwirtschaftliche Probleme. Ungelöste Strukturschwierigkeiten, hohe Preissteigerungsraten in einigen Ländern und mögliche Wechselkursrisiken belasten immer noch den notwendigen weltweiten Wachstumsprozeß. Zusätzliche Unsicherheiten ergeben sich aus dem Beschluß der OPEC-Staaten, den Rohölpreis in mehreren Stufen 1979 kräftig anzuheben. Deshalb muß die im vergangenen Jahr bewährte internationale Zusammenarbeit aller am Welthandel beteiligten Länder fortgesetzt und weiter vertieft werden, um neuen Gefahren für Wachstum, Beschäftigung sowie für das interne und äußere wirtschaftliche Gleichgewicht vorzubeugen und gleichzeitig das Wohlstandsgefälle zwischen Industrienationen und Entwicklungsländern zu verringern.

2. In der Bundesrepublik Deutschland hat sich das Wirtschaftswachstum im Laufe des vergangenen Jahres unter dem Einfluß der 1977 beschlossenen wachstums- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen wieder verstärkt. Zwar geriet die Ausweitung von Nachfrage und Produktion am Jahresanfang 1978 vor allem wegen hektischer Kursbewegungen an den Devisenmärkten, der harten Auseinandersetzung zwischen den Tarifvertragsparteien und der schlechten Witterung vorübergehend ins Stocken. Erst im zweiten Quartal belebte sich die Wirtschaftstätigkeit wieder. Von der Jahresmitte ab überwogen jedoch eindeutig die expansiven Kräfte. Allerdings sind besonders ausgeprägte Tendenzen zu einem sich selbst tragenden, nachhaltigen Wachstumsprozeß damit noch nicht gesichert. Die wirtschaftliche Erholung ist vielmehr bisher in starkem Maße das Ergebnis staatlicher Anregungsmaßnahmen.

Die Zahl der Beschäftigten nahm 1978 wieder zu. Im Herbst befanden sich rd. 125 000 Arbeitnehmer mehr in einem Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis als ein Jahr zuvor. Wegen des starken Anstiegs der Zahl von neu ins Berufsleben tretenden Jugendlichen fiel allerdings der Rückgang der Arbeitslosigkeit geringer aus. Dennoch wurde bei der Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt erstmals seit 1974 die Millionengrenze wieder unterschritten.

Bei der Preisstabilisierung wurden im letzten Jahr erneut deutliche Fortschritte erzielt. Der Anstieg der Verbraucherpreise lag im Durchschnitt des Jahres auf dem niedrigsten Niveau seit 1969.

Die Bundesregierung hat 1978 ihren auf eine nachhaltige Verbesserung der Wachstums- und Beschäftigungsbedingungen gerichteten wirtschaftspolitischen Kurs fortgesetzt. Sie hat den gesetzgebenden Körperschaften weitere dauerhafte steuerliche Entlastungen für private Haushalte und Unternehmen sowie eine Anhebung des Kindergeldes vorgeschlagen. Von diesen Maßnahmen ist der größte Teil zu Beginn dieses Jahres wirksam geworden. Auch die erhöhten Anstrengungen zur Förderung von Forschung, Technologie und Innovation und das am 1. Juli 1978 in Kraft getretene mehrjährige Energieeinsparprogramm sollen die Wachstumskräfte nachhaltig stärken. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung haben insgesamt in wichtigen Partnerländern, in der Europäischen Gemeinschaft und in internationalen Organisationen Zustimmung gefunden. Es wurde anerkannt, daß die Bundesrepublik Deutschland damit ihrer Mitverantwortung für die Entwicklung der Weltwirtschaft in vollem Umfang gerecht wird.

Die gegenwärtig verfügbaren Informationen lassen erwarten, daß sich der wirtschaftliche Erholungsprozeß in der Bundesrepublik Deutschland in diesem Jahr fortsetzen und an Intensität gewinnen wird, sofern es nicht zu unerwarteten außenwirtschaftlichen oder binnenwirtschaftlichen Störungen kommt:

a) Die Grundstimmung in der Wirtschaft hat sich seit dem Frühjahr 1978 bis in die jüngste Zeit hinein erheblich verbessert; die künftige wirtschaftliche Entwicklung wird von den Unternehmen zunehmend zuversichtlicher eingeschätzt.

b) Die Auftragseingänge beim Verarbeitenden Gewerbe haben seit dem Frühjahr vergangenen Jahres wieder spürbar zugenommen; die Auftragsbestände sind merklich gestiegen.

c) Nachfrage, Auftragsreserven und Kapazitätsauslastung haben in der Bauwirtschaft inzwischen ein konjunkturell bemerkenswert hohes Niveau erreicht.

d) Konsumentenbefragungen deuten auf eine anhaltende Kaufbereitschaft der privaten Haushalte hin. Die am Jahresbeginn wirksam gewordenen Steuerentlastungen und die Anhebung der Sozialrenten werden einen Anstieg des privaten Verbrauchs begünstigen.

e) Mit optimistischeren Geschäftserwartungen und der derzeit etwas günstigeren Ertragssituation der Unternehmen vergrößern sich auch die Chancen für eine allmähliche Festigung der Investitionstätigkeit.

f) Die Industrieproduktion zeigt seit dem Sommer 1978 wieder steigende Tendenz; die Produktionspläne der Unternehmen lassen eine Fortsetzung dieser Entwicklung erwarten. Die Kapazitätsauslastung hat sich zuletzt wieder leicht verbessert.

3. Zentrales wirtschaftspolitisches Problem bleibt gegenwärtig die Wiedererreichung und Sicherung eines anhaltenden, kräftigen und sich selbst tragenden Wachstumsprozesses. Er ist vor allem die Voraussetzung dafür, daß in ausreichendem Maße neue dauerhafte Beschäftigungsmöglichkeiten für die derzeit Arbeitslosen, die wachsende Zahl der ins Berufsleben eintretenden Jugendlichen und die vom Strukturwandel und von notwendiger Rationalisierung betroffenen Arbeitnehmer geschaffen werden. Ausreichendes und dauerhaftes Wirtschaftswachstum ist außerdem nötig, um die soziale Sicherung und die öffentlichen Aufgaben zu finanzieren, Arbeitsplätze zu humanisieren, Investitionen für den Umweltschutz zu ermöglichen, Konflikte in der Verteilungspolitik leichter zu lösen und den Entwicklungsländern verstärkt zu helfen sowie andere

internationale Verpflichtungen zu erfüllen. Es geht bei der Sicherung eines angemessenen Wachstums um solche „Qualitäten" und nicht um die rechnerischen Prozentzahlen.

Fortschritte werden dabei nur erzielt werden, wenn der soziale Grundkonsens in den wichtigen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Fragen erhalten bleibt. Für die staatliche Wirtschaftspolitik stellt sich vor allem die Aufgabe, im Rahmen einer engen internationalen Kooperation die Risiken für den konjunkturellen Erholungsprozeß möglichst gering zu halten, damit sich endogene Wachstumskräfte verstärkt entfalten können und die weitere wirtschaftliche Entwicklung von staatlichen Anregungsmaßnahmen unabhängiger wird. Hierbei kommt den Investitionen weiterhin eine wichtige Funktion zu; denn sie stützen mit ihrem Nachfrage-, Einkommens- und Kapazitätseffekt nicht nur unmittelbar Nachfrage und Beschäftigung, sondern fördern auch die notwendige Anpassung der Struktur des Arbeitsplatzangebots an die veränderten ökonomischen Bedingungen. Dabei sind vor allem auch mehr Erweiterungsinvestitionen notwendig. Die Bereitschaft der Unternehmen zum Aufbau zusätzlicher Kapazitäten hängt allerdings davon ab, daß von den neuen Anlagen über einen längeren Zeitraum Erträge erwartet werden können, die in Anbetracht der gestiegenen Marktrisiken als ausreichend empfunden werden. Eine wichtige Voraussetzung für die Wiederherstellung besserer Wachstums- und Beschäftigungsbedingungen ist daher neben günstigen Nachfrageperspektiven die Stärkung des Vertrauens der Investoren darauf, daß auf Grund der Kosten- und Preisentwicklung keine unerwartet hohen zusätzlichen Belastungen eintreten.

4. Wichtigste Aufgabe für die Wirtschafts- und Finanzpolitik im Jahre 1979 ist es,

a) den derzeitigen wirtschaftlichen Erholungsprozeß sich festigen und in einen sich selbst tragenden Aufschwung einmünden zu lassen,

b) die Beschäftigungsmöglichkeiten und betrieblichen Ausbildungsmöglichkeiten weiter zu verbessern,

c) neue Inflationsgefahren zu vermeiden,

d) weiterhin für eine wachstumsfreundliche Gestaltung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu sorgen.

Infolge der hohen außenwirtschaftlichen Verflechtung der deutschen Wirtschaft hängt der Erfolg der Wirtschaftspolitik entscheidend davon ab, daß es zu keinen erheblichen außenwirtschaftlichen Störungen kommt. Außerdem müssen die autonomen Entscheidungen aller am Wirtschaftsleben Beteiligten — insbesondere von Unternehmen und Tarifvertragsparteien — den gesamtwirtschaftlichen Notwendigkeiten hinreichend Rechnung tragen, damit die erforderliche Verbesserung der Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven nicht in Frage gestellt wird.

II. Wirtschafts- und finanzpolitische Ziele

5. Die Verbesserung der Grundstimmung in der Wirtschaft sowie die günstige Entwicklung von Auftragseingang und Geschäftserwartungen sprechen dafür, daß sich die bereits seit dem 2. Vierteljahr 1978 zu beobachtende konjunkturelle Erholung 1979 fortsetzt. Sie wird durch die zusätzlichen expansiven Impulse, die von den in den letzten Monaten von Bundestag und Bundesrat verabschiedeten Maßnahmen zur Stärkung der Nachfrage und zur Verbesserung des Wirtschaftswachstums ausgehen, gestützt und verstärkt. Damit bestehen für dieses Jahr begründete Aussichten auf weitere allmähliche Fortschritte bei der Lösung des zentralen wirtschaftspolitischen Problems, der schrittweisen Anhebung des Beschäftigungsstandes ohne Gefährdung der bei der Stabilisierung des Preisniveaus erreichten Erfolge. Erforderlich ist hierfür allerdings neben dem Ausbleiben stärkerer außenwirtschaftlicher Störungen, daß die unmittelbar am Wirtschaftsprozeß Beteiligten die wachstums- und beschäftigungspolitischen Bemühungen durch ihr Verhalten unterstützen.

6. Unter diesen Voraussetzungen hält die Bundesregierung 1979 eine gesamtwirtschaftliche Entwicklung für erreichbar, bei der im Jahresdurchschnitt

— das Bruttosozialprodukt real um rd. 4 % zunimmt,

— die Arbeitslosenquote auf knapp 4 % der unselbständigen Erwerbspersonen bzw. knapp $3^1/_2$ % aller Erwerbspersonen abnimmt,

— der Anstieg der Verbraucherpreise auf rd. 3 % begrenzt wird,

— der Außenbeitrag real weiter zurückgeht und sich auch nominal verringert.

Die Bundesregierung nennt diese gesamtwirtschaftlichen Eckgrößen entsprechend den ihr im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz auferlegten Verpflichtungen. Wenn sie auch nicht in allem dem entsprechen, was erst auf mittlere Sicht erreicht werden kann, so würde ihre Realisierung in diesem Jahr doch einen weiteren Schritt in die gewünschte Richtung bedeuten. Aus heutiger Sicht erscheinen die für 1979 angestrebten Ziele vor allem dann realisierbar, wenn die im Teil B dargelegte Wirtschafts-, Finanz- und Einkommenspolitik verwirklicht wird. Gleichwohl weist die Bundesregierung — wie in vergangenen Jahreswirtschaftsberichten — wiederum nachdrücklich auf die Unsicherheiten aller Vorhersagen hin. Eine Gefährdung der genannten Ziele kann vor allem dann eintreten, wenn es zu erheblichen außenwirtschaftlichen Störungen (z. B. im Bereich der Wechselkurse, des freien internationalen Warenverkehrs oder der Energieeinfuhren) kommt, wenn die Kostenbelastungen der Unternehmen höher als unterstellt ausfallen oder wenn die Ausgaben der öffentlichen Haushalte hinter dem im Finanzplanungsrat vorgesehenen Rahmen zurückbleiben.

7. Dem für 1979 angestrebten realen Wirtschaftswachstum von rd. 4 % steht eine voraussichtliche Ausweitung des Produktionspotentials von knapp 3 % gegenüber. Die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung könnte danach in diesem Jahr um etwa 1 % steigen, wenn das Bruttosozialprodukt in dem erwarteten Ausmaß zunimmt. Der Auslastungsgrad würde dann im Jahresdurchschnitt 1979 um rd. 3½ % höher als im Rezessionsjahr 1975 liegen; er bliebe damit jedoch noch etwas hinter dem längerfristigen Durchschnitt der Vergangenheit zurück.

Bei der erwarteten Sozialproduktsentwicklung wird unterstellt, daß vor allem die Anlageinvestitionen — und hier insbesondere die Investitionen der Unternehmen — wieder stark expandieren. Eine weiterhin kräftige Zunahme der Unternehmensinvestitionen ist dabei nicht nur unter konjunkturellen Gesichtspunkten wichtig. Sie ist auch notwendig, damit die in den letzten Jahren vergleichsweise schwache Ausweitung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials sich künftig wieder verstärkt. Denn dies ist gerade unter mittelfristigen Aspekten eine wesentliche Bedingung für ausreichendes Wirtschaftswachstum ohne Gefährdung der Preisstabilität.

8. Bei dem für 1979 angestrebten realen Wirtschaftswachstum von rd. 4 % könnte sich der Anstieg der Beschäftigtenzahl im Vergleich zu den beiden Vorjahren etwas verstärken. Zwar dürfte mit der erwarteten Verbesserung der Kapazitätsauslastung auch die Produktivität wieder beschleunigt zunehmen; zugleich ist aber damit zu rechnen, daß der bisher registrierte Rückgang der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit sich 1979 tendenziell fortsetzen wird.

Der größeren Nachfrage nach Arbeitskräften wird allerdings wegen des auch in diesem Jahr wiederum zu erwartenden Eintretens geburtenstarker Jahrgänge in das Berufsleben gleichzeitig ein zunehmendes einheimisches Arbeitskräfteangebot gegenüberstehen. Im Jahresdurchschnitt 1979 könnte die Arbeitslosenzahl trotzdem weiter auf deutlich unter 1 Mio und die Arbeitslosenquote damit auf knapp 4 % der unselbständigen Erwerbspersonen zurückgehen. Bezogen auf die Gesamtzahl der Erwerbspersonen, die üblicherweise international als Bezugsgröße herangezogen wird, würde dies einem Rückgang der Arbeitslosenquote von rd. 4 % im Vorjahr auf knapp 3½ % in diesem Jahr entsprechen (vgl. Ziffer 18 ff. JG).

9. Der Anstieg des Verbraucherpreisniveaus dürfte 1979 — auch angesichts der zur Jahresmitte vorgesehenen Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes — auf eine Rate von rd. 3 % begrenzt werden können, wenn sich die Entwicklung der Kosten in dem erwarteten Rahmen hält und keine außergewöhnlichen Ernteverhältnisse auftreten. Zwar würden die Verbraucherpreise damit wieder leicht stärker zunehmen als im Jahr zuvor; dies darf jedoch nicht als konjunkturelle Beschleunigung des Preisanstiegs gedeutet werden. Vielmehr war die 1978 eingetretene unerwartet starke Verlangsamung der Verbraucherpreisentwicklung von 3,8 % im Jahresdurchschnitt 1977 auf 2,6 % zum Teil auf Faktoren — ungewöhnlich gute Ernte sowie deutliche, vor allem wechselkursbedingte Verbilligung der Einfuhren — zurückzuführen, deren Wiederholung kaum unterstellt werden kann. Trotzdem wird die Bundesrepublik Deutschland voraussichtlich auch in diesem Jahr unter den OECD-Ländern, für die 1979 eine durchschnittliche Erhöhung der Verbraucherpreise von 6½ % erwartet wird, nach der Schweiz das Land mit dem niedrigsten Verbraucherpreisanstieg bleiben.

10. Die zukünftige Entwicklung des Außenhandels ist nach der starken Veränderung der Wechselkursrelationen im Vorjahr, die teilweise über den Ausgleich von Preis- und Kostendivergenzen deutlich hinausgegangen ist, sowie angesichts weiterhin bestehender Zahlungsbilanzungleichgewichte nach wie vor besonders unsicher. In Übereinstimmung mit den Schätzungen internationaler Organisationen wird die voraussichtliche Ausweitung des Welthandelsvolumens für 1979 auf rd. 5 % und damit etwa so hoch wie im vergangenen Jahr veranschlagt. Da sich gleichzeitig die konjunkturelle Dynamik in diesem Jahr von den USA nach Westeuropa, dem Schwerpunkt der Absatzmärkte für die deutsche Wirtschaft, verlagern dürfte, könnte an und für sich mit einem noch etwas darüber hinaus gehenden Anstieg der deutschen Exporte gerechnet werden. Andere Gesichtspunkte, insbesondere die eingetretene deutliche Höherbewertung der D-Mark, sprechen dagegen eher für eine unterdurchschnittliche Entwicklung. In der Jahresprojektion wird davon ausgegangen, daß die Warenausfuhr der Bundesrepublik 1979 real etwa im Rahmen der Welthandelsentwicklung und damit im Vergleich zum Vorjahr leicht beschleunigt zunimmt. Bei dem erwarteten Wirtschaftswachstum werden die Einfuhren wiederum stärker zunehmen als die Ausfuhren und damit weiterhin deutlich überproportional zur Expansion des Welthandels beitragen. Die Bundesrepublik wird somit auch 1979 — wie im Vorjahr — die Beschäftigungslage in ihren Partnerländern stützen und darüber hinaus auch einen Beitrag zum Ausgleich der Zahlungsbilanzungleichgewichte leisten. Aufgrund der unterschiedlichen Entwicklung von Exporten und Importen wird der Außenbeitrag in konstanten Preisen wie im Vorjahr weiter abnehmen. Da kaum mit einer abermaligen Verbesserung der Terms of Trade (Verhältnis von Ausfuhr- zu Einfuhrpreisen) im Umfang des Vorjahres zu rechnen ist, wird 1979 der Außenbeitrag in jeweiligen Preisen, der 1978 nur wegen des deutlichen Rückgangs der Einfuhrpreise gestiegen war, voraussichtlich ebenfalls wieder zurückgehen.

11. Eine wichtige Voraussetzung für die Realisierung der angestrebten Entwicklung ist, daß die verteilungspolitischen Entscheidungen sich 1979 vorrangig an den in Teil B. I. (Ziffer 14) dargelegten gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen orientieren. In der Jahresprojektion wird für 1979 davon ausgegangen, daß eine Zunahme der Bruttolöhne und -gehälter je beschäftigten Arbeitnehmer um etwa 6 %

mit den für dieses Jahr angestrebten gesamtwirtschaftlichen Zielen zu vereinbaren ist. Diese Zahl für die Effektivlöhne darf jedoch nicht mit den Lohnsteigerungsraten verwechselt werden, die im Zusammenhang mit möglichen Tariflohnabschlüssen genannt werden. Der Abstand zwischen Effektiv- und Tariflohnentwicklung wird durch eine Vielzahl von Faktoren, wie Veränderung von Überstunden und Kurzarbeit, von Zulagen, Veränderungen in der Beschäftigungs- und Lohnstruktur und von Einmalzahlungen, beeinflußt. Bei dem für 1979 angenommenen Anstieg der Effektivlöhne ist insbesondere berücksichtigt worden, daß sich 1979 eine im Vergleich zum Vorjahr geringere Anzahl von Ausfallstunden aufgrund von Kurzarbeit in höheren Durchschnittslöhnen der Arbeitnehmer niederschlagen wird. Da bei dem angestrebten Wirtschaftswachstum gleichzeitig auch mit einer Ausweitung der Beschäftigtenzahl um etwa ½ % zu rechnen ist, könnte das gesamte Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in diesem Jahr mit rd. 6½ % etwas stärker steigen als die durchschnittlichen Lohneinkommen der Beschäftigten.

Bei der unterstellten nominalen Zunahme des Bruttosozialprodukts um 7 bis 8 % würde sich dann unter Berücksichtigung der zur Jahresmitte erfolgenden Anhebung des Mehrwertsteuersatzes für die Unternehmens- und Vermögenseinkommen ein Anstieg von 9 bis 11 % ergeben. Diese Einkommensgröße umfaßt allerdings nicht nur die für die Investitionen wichtigen Unternehmensgewinne, sondern u. a. auch Zins- und Mieteinkünfte, die zusammen mit den aus Unternehmensgewinnen ausgeschütteten Dividenden auch Arbeitnehmern und Rentnern zufließen. Die sich in der Jahresprojektion für 1979 ergebende überproportionale Entwicklung der Unternehmens- und Vermögenseinkommen sollte jedoch nicht isoliert, sondern vor dem Hintergrund der deutlichen Erhöhung der Lohnquote in der ersten Hälfte der 70er Jahre gesehen werden.

Obwohl der Verteilungsspielraum seit einigen Jahren durch eine deutliche Abflachung der Produktivitätsentwicklung nicht unerheblich eingeengt worden ist, dürften die Nettoreallöhne auch 1979 wieder kräftig zunehmen. Eine solche Verlangsamung des Produktivitätsanstiegs wird nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in anderen Ländern beobachtet. Sie dürfte nicht zuletzt in strukturellen Veränderungen ihre Ursache haben. Trotzdem würde nach den Annahmen der Jahresprojektion für 1979 der Anstieg der Nettoreallöhne in den Jahren 1978 und 1979 zusammengenommen bei gut 7 % liegen. Zu dieser günstigen Entwicklung tragen wesentlich die Steuererleichterungen, aber ebenfalls der inzwischen erreichte Grad an Preisstabilität bei. Im Vergleich zu den meisten anderen Industrieländern sind die Reallöhne in der Bundesrepublik in den letzten Jahren stärker gestiegen; in einigen Ländern waren die Reallöhne zeitweise sogar rückläufig.

B. Für 1979 geplante Wirtschafts- und Finanzpolitik

12. Im folgenden werden die für die angestrebten gesamtwirtschaftliche Entwicklung wichtigen wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen und Absichten dargelegt. Sie gehen vom gegenwärtigen Erkenntnisstand über den in der Weltwirtschaft und im Inland wahrscheinlichen Wirtschaftsablauf aus.

I. Politik zur Förderung von Beschäftigung, Wachstum und Stabilität

13. Mit den 1978 beschlossenen Maßnahmen zur Stärkung der Nachfrage und zur Verbesserung des Wirtschaftswachstums sind die Grundlagen für eine weitere Festigung des konjunkturellen Erholungsprozesses geschaffen. Diese Maßnahmen werden größtenteils bereits in diesem Jahr wirksam, zum Teil treten sie in den beiden nächsten Jahren in Kraft. Insgesamt werden aufgrund der Steuererleichterungen und der Ausgabensteigerungen nach der Rechnung des Sachverständigenrats 1979 von den öffentlichen Haushalten expansive Impulse in einer Größenordnung von rd. 26 Mrd. DM ausgehen; das sind etwa 2 % des Bruttosozialprodukts. Der Erfolg dieser wirtschaftspolitischen Anstöße hängt entscheidend davon ab, daß sie von Konsumenten und Investoren positiv aufgenommen werden und es dadurch zur Entfaltung ausreichender endogener Wachstumskräfte kommt.

14. Auf dieser Grundlage hält die Bundesregierung 1979 folgende Wirtschafts- und Finanzpolitik für erforderlich:

Geld- und Kreditpolitik

Nach übereinstimmender Auffassung der Bundesregierung und der Deutschen Bundesbank müssen auch 1979 von der monetären Seite ausreichende Finanzierungsmöglichkeiten für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum gesichert und die Stabilisierungsfortschritte konsolidiert werden.

Dieser doppelten Zielsetzung wird aus heutiger Sicht am ehesten entsprochen, wenn die Zuwachsrate der Zentralbankgeldmenge (Bargeldumlauf und Mindestreserven auf Inlandsverbindlichkeiten, berechnet zu konstanten Reservesätzen vom 1. Januar 1974) von ihrem hohen Stand am Jahresende 1978 im Jahresverlauf 1979 allmählich wieder dem Pfad angenähert wird, der unter Berücksichtigung einer unvermeidlichen Preissteigerungsrate durch die realen Wachstumsmöglichkeiten vorgegeben ist. Die Deutsche Bundesbank hat daher in Abstimmung mit der Bundesregierung beschlossen, die Ausweitung der Zentralbankgeldmenge vom vierten Quartal 1978 bis zum vierten Quartal 1979 innerhalb einer Bandbreite von 6 bis 9 % zu halten. In welcher Weise der Spielraum zwischen der unteren und oberen Grenze dieser Bandbreite von der Geldpolitik ausgefüllt wird, muß auch von der weiteren konjunkturellen und außenwirtschaftlichen Entwicklung abhängen. Mit dem Geldmengenziel setzt die Deutsche Bundesbank zugleich ein Signal für die Bedeutung einer stabilitätsgerechten Geldpolitik im Rahmen des geplanten Europäischen Währungssystems.

Die Bundesregierung wird bei der Deckung des öffentlichen Kreditbedarfs in enger Abstimmung mit den anderen Gebietskörperschaften und der Deutschen Bundesbank über eine geeignete Wahl der Schuldformen, Konditionen und Zeitfolge darauf hinwirken, daß die Kreditmärkte durch die öffentliche Hand auch in diesem Jahr nicht überfordert werden und auch den Anlagebedürfnissen breiter Bevölkerungskreise bestmöglich Rechnung getragen wird.

Haushaltspolitik

In der Haushaltspolitik kommt es darauf an, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage noch zu stützen, gleichwohl aber das Ziel einer allmählichen Rückführung der hohen öffentlichen Neuverschuldung nicht außer acht zu lassen.

a) Der vom Bundestag beschlossene und inzwischen dem Bundesrat zugeleitete Entwurf des Bundeshaushaltsplanes 1979 sieht gegenüber den Haushaltsergebnissen 1978 einen Anstieg der Ausgaben um 7,8 % vor. Die Ansätze für Investitionen und Innovationsförderung nehmen dabei überproportional zu. Vor allem infolge der 1979 wirksam werdenden wachstumspolitischen Maßnahmen steigt das Finanzierungsdefizit des Bundes nach gegenwärtiger Schätzung um rd. $5^1/_2$ Mrd. DM auf rd. $31^1/_2$ Mrd. DM an.

b) Die Bundesregierung geht davon aus, daß auch Länder und Gemeinden dieser haushaltspolitischen Grundlinie folgen. Das gilt insbesondere für die investiven Ausgaben. Dabei sollte eine möglichst kontinuierliche Entwicklung und insbesondere eine Verstetigung der öffentlichen Investitionen angestrebt werden.

c) In mittelfristiger Sicht soll der Konsolidierungsprozeß der öffentlichen Haushalte fortgeführt werden, wobei allerdings die jeweiligen gesamtwirtschaftlichen Erfordernisse beachtet werden müssen.

d) Von dem Programm für Zukunftsinvestitionen (ZIP), das im vergangenen Jahr zur Verbesserung der Wirtschaftsentwicklung beigetragen hat, werden auch 1979 auftrags- und produktionsmäßig erhebliche Impulse ausgehen. Im Hin-

blick auf die Situation in der Bauwirtschaft sollte die weitere Abwicklung des Programms flexibel gehandhabt werden, um eine verstetigende Entwicklung zu unterstützen.

Ein Bericht über den Abwicklungsstand des im Frühjahr 1977 verabschiedeten mehrjährigen Programms für Zukunftsinvestitionen ist als Anlage II dem Jahreswirtschaftsbericht beigefügt.

e) Der ERP-Wirtschaftsplan 1979 ist durch eine weitere Konzentration der Ausgaben auf die Bereiche Mittelstand, Umweltschutz und Berlin gekennzeichnet. Die Erhöhung der Mittel für diese Bereiche — für den Mittelstand um 20 %, für den Umweltschutz von 45 % und für das Investitionsprogramm Berlin um 11 % — wird vor allem durch Verlagerung solcher Programme auf den Bundeshaushalt möglich, für die bisher ERP- und Haushaltsmittel gleichzeitig bereitgestellt wurden. Das ERP-Umstellungsprogramm wird auf die Förderung solcher Investitionen ausgeweitet, die der Herstellung neuer oder wesentlich verbesserter Produkte dienen.

Steuerpolitik

Mit dem Steueränderungsgesetz 1979 werden beträchtliche Steuererleichterungen und Verbesserungen der Steuerstruktur bewirkt. Das Gesamtvolumen der Entlastungen bei der Einkommen- und Lohnsteuer beläuft sich 1979 auf rd. 10,4 Mrd. DM, denen aufgrund der Anhebung der Mehrwertsteuer ab 1. Juli 1979 auf 13 bzw. 6½ % zusätzliche Steuerbelastungen von 2½ Mrd. DM gegenüberstehen. Hinzu kommen Verbesserungen beim Kindergeld für Familien mit mehreren Kindern in Höhe von insgesamt rd. 2,3 Mrd. DM. Zugleich wird mit der Abschaffung der Lohnsummensteuer und der Mindestgewerbesteuer sowie der Erhöhung des Freibetrags bei der Gewerbeertragsteuer ab 1. Januar 1980 die Investitionsfähigkeit der Unternehmen erleichtert und ein wichtiger Beitrag zur Vereinfachung des Steuersystems geleistet. Weitere Entlastungen werden bei der Gewerbekapitalsteuer zum 1. Januar 1981 in Kraft treten. Die Bundesregierung erwartet, daß die Gemeinden, die derzeit keine Lohnsummensteuer erheben und aufgrund der beschlossenen Ausgleichsregelung erhöhte Steuereinnahmen erhalten, in diesem Jahr die notwendigen Vorkehrungen treffen werden, in entsprechendem Umfang ab 1980 die Hebesätze bei der Gewerbesteuer zu senken.

Weitere generelle Änderungen der Steuerbelastung sind nicht geplant. Die Steuervereinfachung wird jedoch weiterhin ein wichtiges Ziel der Steuerpolitik der Bundesregierung sein, das freilich nur Schritt für Schritt und bei entsprechendem politischen Willen aller Beteiligten erreicht werden kann. So sind z. B. Vorarbeiten zu einer Reform der Kraftfahrzeugsteuer bereits durch eine Anhörung aller Interessierten Ende des vergangenen Jahres eingeleitet worden.

1979 hält die Bundesregierung die folgenden weiteren Anpassungen des Steuerrechts an einzelne spezifische Erfordernisse für notwendig: So soll zum 1. Januar 1980 das deutsche Umsatzsteuerrecht zur Rechtsangleichung in den EG-Mitgliedstaaten an die 6. Harmonisierungsrichtlinie des Rates der EG zur Umsatzsteuer angepaßt werden. Ein Gesetzentwurf zur Änderung des Entwicklungsländersteuergesetzes sieht neben der Umwandlung in ein zeitlich unbefristetes Gesetz insbesondere eine verstärkte Förderung von Investitionen in den am wenigsten entwickelten Ländern sowie im Rohstoff- und Energiebereich vor. Außerdem beabsichtigt die Bundesregierung, den gesetzgebenden Körperschaften in Kürze zur Erleichterung des Technologietransfers eine Verbesserung der Vorschriften über die Berücksichtigung ausländischer Steuern bei der deutschen Einkommen- und Körperschaftsteuer vorzuschlagen.

Zukunftweisende Politik für kleine und mittlere Unternehmen

Die steuerpolitischen Maßnahmen vom 28. Juli 1978 kommen vor allem auch kleinen und mittleren Personengesellschaften zugute. Durch das Eigenkapitalhilfeprogramm, das in Kürze verabschiedet wird, und die bereits beschlossene Förderung von Forschungs- und Entwicklungstätigkeit durch Zuschüsse zu Personalaufwendungen (vgl. Ziffer 36 dieses Berichts) sowie durch die zusätzlichen Investitions- und Innovationsausgaben aus dem ERP-Sondervermögen hat die Bundesregierung darüber hinaus für den Bereich der mittelständischen Wirtschaft weitere gezielte Förderungsmaßnahmen eingeleitet.

Mit diesen Initiativen stärkt die Bundesregierung die Wachstumskräfte der mittelständischen Unternehmen. Außerdem dienen sie der Verbesserung des Wettbewerbs. Die neuen Förderungsmaßnahmen sollen dazu beitragen, daß wieder mehr selbständige Unternehmen gegründet werden und daß kleine und mittlere Unternehmen auf neuen, durch hohe Innovation gekennzeichneten Märkten Fuß fassen können. Denn in der Existenz wettbewerblich strukturierter Märkte sieht die Bundesregierung eine wesentliche Voraussetzung für eine möglichst reibungslose Bewältigung vorhandener Strukturprobleme.

Außerdem wird sich die Bundesregierung bemühen, durch Intensivierung der Informations- und Beratungstätigkeit sowie durch weitere Vereinfachung der Förderverfahren mehr Transparenz für kleine und mittlere Unternehmen zu schaffen (vgl. Ziffer 36 dieses Berichts).

Abbau von Investitionshemmnissen und Bürokratisierungstendenzen

Dem Abbau sowie der Vermeidung unnötiger administrativer und rechtlicher Hemmnisse für private und öffentliche Investitionen sollte künftig von den Gesetzgebern und allen Verwaltungsebenen mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die Bundesregierung hat im vergangenen Jahr bereits drei Gesetzentwürfe den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt mit dem Ziel, im Städtebau die Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und Investitions-

vorhaben zu erleichtern, die Rechtsunsicherheit bei der Planung und dem Ausbau von Verkehrswegen, insbesondere durch die Festlegung von Grenzwerten für den Verkehrslärm, zu beseitigen sowie die Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz für die Investoren kalkulierbarer zu machen. Die Bundesregierung erwartet eine zügige Beratung dieser Gesetzentwürfe.

Die Bundesressorts wurden beauftragt, in ihrem Zuständigkeitsbereich zu prüfen, ob Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften aufgehoben oder vereinfacht werden können. Im Bereich des Baurechts ist diese Überprüfung bereits abgeschlossen. Mit diesen Analysen sollen die Möglichkeiten für eine Entbürokratisierung und für eine Verbesserung des Verhältnisses von Bürger und Verwaltung aufgezeigt werden. Anhand der Prüfungsergebnisse wird die Bundesregierung für ihren Zuständigkeitsbereich über etwaige weitere Schritte entscheiden.

Arbeitsmarktpolitik

Durch einen verstärkten und gezielten Einsatz des bewährten arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums soll insbesondere den Problemgruppen des Arbeitsmarktes, wie z. B. Ungelernten, Älteren, längerfristig Arbeitslosen und Frauen, Hilfe geboten werden, leichter eine Beschäftigung zu finden. Aus diesem Grunde werden die Haushaltsmittel der Bundesanstalt für Arbeit zur Förderung von Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik 1979 erheblich aufgestockt. Im Vergleich zu 1978 steigen die Haushaltsansätze für die Förderung der Arbeitsaufnahme um 38,4 %, für berufliche Bildungsmaßnahmen um 24,3 % und für Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung um 64,9 %.

Der von der Bundesregierung den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegte Entwurf eines 5. Gesetzes zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes soll darüber hinaus zur Verringerung von Schwierigkeiten beim Ausgleich zwischen Arbeitskräfteangebot und Nachfrage nach Arbeitskräften beitragen:

a) Die Förderung der beruflichen Bildung soll verbessert und intensiviert werden. Insbesondere soll der Zugang zur Förderung der beruflichen Fortbildung und Umschulung, namentlich für jüngere Arbeitslose, erleichtert werden, das erhöhte Unterhaltsgeld von 80 % des letzten Nettoarbeitsentgelts auch solchen Personen gewährt werden, die einen Mangelberuf ergreifen wollen und arbeitslosen Jugendlichen mit mindestens einjähriger Beschäftigungszeit bei Teilnahme an berufsvorbereitenden Maßnahmen eine Berufsausbildungsbeihilfe ohne Anrechnung von Einkommen gezahlt werden.

b) Die Vermittlungsfähigkeit von Arbeitslosen soll verbessert werden. Hierzu sollen insbesondere die Arbeitsämter in Abständen von längstens drei Monaten prüfen, ob die berufliche Eingliederung des Arbeitslosen durch die Teilnahme an einer Maßnahme zur beruflichen Bildung oder an einer Maßnahme zur Verbesserung der Vermittlungsaussichten gefördert werden kann. Der Begriff der Zumutbarkeit soll weiter konkretisiert werden.

c) Die Möglichkeiten zum Mißbrauch von Leistungen sollen abgebaut werden.

Im Interesse der Arbeitslosen, der von Arbeitslosigkeit Bedrohten und Ungelernten, vor allem auch der Jugendlichen hat die Bundesregierung für 1979 die Anspruchsvoraussetzungen für die Förderung der beruflichen Fortbildung und Umschulung nach dem Arbeitsförderungsgesetz durch Herabsetzung der Vor- und Zwischenbeschäftigungszeiten erleichtert. Die zunehmende Zahl von Jugendlichen, die in das Erwerbsleben eintreten, erfordert auch weiterhin erhebliche Anstrengungen aller Beteiligten, um die erforderlichen Ausbildungsplätze bereitzustellen.

Durch organisatorische Maßnahmen und eine engere Kooperation zwischen Arbeitsämtern und Betrieben sollen die Vermittlungsdienste in die Lage versetzt werden, ihr Vermittlungsangebot zu verbessern, das Stellenangebot überschaubarer zu machen sowie Vermittlung und Beratung besser auf die Arbeitssuchenden auszurichten.

Die besondere Struktur des derzeitigen Arbeitslosenbestandes — hoher Anteil der Problemgruppen des Arbeitsmarktes — resultiert z. T. auch daraus, daß bei dem gegebenen Arbeitskräfteüberhang vor allem die besonders leistungsfähigen Arbeitnehmer eingestellt wurden. Dadurch sanken die Beschäftigungschancen von Personen, die z. B. aufgrund ihres Alters oder ihrer Gesundheit den gestellten hohen Anforderungen nicht ganz gewachsen waren. Die Bundesregierung hält eine größere Aufgeschlossenheit aller am Wirtschaftsleben Beteiligten gegenüber den Problemgruppen des Arbeitsmarktes für wünschenswert. Dies gilt insbesondere hinsichtlich verstärkter Anstrengungen zur Einstellung von Schwerbehinderten, zur Qualifizierung von ungelernten Arbeitnehmern und zur Bereitstellung von mehr Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten. Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung weist in einer gezielten Öffentlichkeitsaktion intensiv auf die tatsächlichen und rechtlichen Möglichkeiten der Teilzeitbeschäftigung hin. Hier ist das Verhältnis zwischen Arbeitslosen und offenen Stellen besonders unausgewogen. Damit die öffentliche Hand einen weiteren Beitrag zur Ausweitung der Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten leisten kann, hat die Bundesregierung vorgeschlagen, im Rahmen einer Änderung des Dienstrechtes Beamten den Übergang von der Vollzeit- in eine Teilzeitbeschäftigung zu ermöglichen, unabhängig davon, ob der Beamte besondere Verpflichtungen im familiären Bereich hat.

Von der stufenweisen Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze für Schwerbehinderte vom vollendeten 62. auf das 60. Lebensjahr sowie von den geplanten Regelungen für einen erweiterten Mutterschutz sind als Folge des dadurch verringerten Erwerbspersonenpotentials ebenfalls positive Beschäftigungswirkungen zu erwarten.

Der Anwerbestop für ausländische Arbeitnehmer wird, auch im Interesse der hier lebenden Ausländer, uneingeschränkt aufrechterhalten. Gleichzeitig setzt die Bundesregierung ihre Bemühungen fort, den in der Bundesrepublik lebenden Ausländern und ihren Familienangehörigen die Eingliederung zu erleichtern.

Preis- und einkommenspolitisches Verhalten

Die einkommenspolitischen Entscheidungen der Tarifvertragsparteien und das preispolitische Verhalten der Unternehmen haben insgesamt im vergangenen Jahr dazu beigetragen, daß sich der konjunkturelle Erholungsprozeß in der Binnenwirtschaft wieder stärker durchsetzen konnte und damit auch die Ausgangslage für eine anhaltende wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung in diesem Jahr nicht ungünstig ist. Bundesregierung und Deutsche Bundesbank haben ihrerseits mit ihren wirtschafts-, finanz- und geldpolitischen Entscheidungen den Boden bereitet für eine kräftigere Nachfrageausweitung und eine Verbesserung des Wirtschaftswachstums bei gleichzeitiger Konsolidierung der erreichten Stabilisierungsfortschritte. Die zu Beginn dieses Jahres in Kraft getretenen Steuersenkungen führen dabei zu höheren verfügbaren Realeinkommen der privaten Haushalte. Inwieweit die damit gegebenen Chancen für mehr Produktion und höhere Beschäftigung wahrgenommen werden, hängt nicht zuletzt von den Vereinbarungen der autonomen Tarifvertragsparteien und den Preisdispositionen der Unternehmen ab. Die Bundesregierung geht davon aus, daß sich Unternehmen und Tarifvertragsparteien bei ihren Entscheidungen weiterhin vorrangig an den wachstums- und beschäftigungspolitischen Erfordernissen orientieren, und stellt dafür allen Beteiligten mit diesem Jahreswirtschaftsbericht und der Jahresprojektion gemäß § 3 des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes (StWG) entsprechende Orientierungsdaten für 1979 zur Verfügung.

Die von der Bundesregierung nur begrenzt beeinflußbaren außenwirtschaftlichen Wettbewerbsbedingungen haben sich vor allem auch infolge der starken Wechselkursveränderungen zwischen der D-Mark und den Währungen einiger wichtiger Partnerländer in den letzten Jahren verschlechtert. Für die Erreichung der 1979 angestrebten gesamtwirtschaftlichen Ziele und für eine zufriedenstellende Entwicklung in den folgenden Jahren ist es deshalb von großer Bedeutung, daß neben befriedigenden gesamtwirtschaftlichen Nachfrageperspektiven und unternehmerischen Absatzerwartungen sich aus der binnenwirtschaftlichen Kostenentwicklung keine neuen Belastungen für Wachstum und Beschäftigung ergeben. Einer Verbesserung der Erlöse über eine Anhebung der Verkaufspreise sind aufgrund des starken in- und ausländischen Wettbewerbs enge Grenzen gesetzt; dieser Weg stünde auch im Widerspruch zu dem Ziel der Preisniveaustabilität und der Sicherung längerfristiger Absatzchancen. Deswegen muß bei allen kostenrelevanten Entscheidungen vorrangig darauf geachtet werden, daß die Zunahme der Investitionen und die Verstärkung des Wachstumsprozesses nicht von der Kostenseite in Frage gestellt werden.

Nach Auffassung der Bundesregierung ist es Sache der Tarifvertragsparteien, zwischen den Erwartungen der Arbeitnehmer auf höhere Realeinkommen, kürzere Arbeitszeit, auf bessere Arbeitsbedingungen und sichere Arbeitsplätze einen Ausgleich zu finden und dabei den besonderen ökonomischen und technologischen Bedingungen in den einzelnen Branchen und Betrieben Rechnung zu tragen. Die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen würde außerdem erleichtert, wenn wieder stärker die unterschiedliche strukturelle und konjunkturelle Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftszweigen sowie der sich wandelnde Bedarf für beruflich qualifizierte und weniger qualifizierte Arbeitskräfte in Rechnung gestellt würde.

Die Orientierungsdaten der Jahresprojektion sollten auch bei den preis- und einkommenspolitischen Entscheidungen im Gesundheitswesen — gemäß § 405 a der Reichsversicherungsordnung — berücksichtigt werden.

15. Mit dem Konjunkturrat für die öffentliche Hand wurden die derzeitige Wirtschafts- und Beschäftigungslage sowie die Aussichten für 1979 im Zusammenhang mit dem Jahresgutachten 1978/79 des Sachverständigenrates beraten. Über die voraussichtliche weitere gesamtwirtschaftliche Entwicklung und die daraus zu ziehenden wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen wurde Übereinstimmung erzielt. Außerdem wurden Lage und Perspektiven in getrennten Gesprächen mit Vertretern der Gewerkschaften und der Unternehmensverbände erörtert. Dabei ergab sich eine weitgehende Übereinstimmung in der Einschätzung der wahrscheinlichen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für das laufende Jahr.

II. Wirtschaftspolitik im europäischen und internationalen Zusammenhang

16. Die Bundesregierung legt besonderes Gewicht auf die weitere Verwirklichung der umfassenden Strategie für Wachstum, Beschäftigung und Inflationsbekämpfung, internationale Währungspolitik, Energie, Handel und Fragen von besonderem Interesse für die Entwicklungsländer, auf die sich die Teilnehmer am Weltwirtschaftsgipfel im Juli 1978 in Bonn geeinigt haben. Diese Strategie stellt ein zusammenhängendes Ganzes dar, dessen Teile sich gegenseitig bedingen. Inzwischen wurden von den verschiedenen Ländern entsprechende wachstums-, finanz- und zahlungsbilanzpolitische Maßnahmen ergriffen. Die Verhandlungen im Rahmen der GATT-Runde sind ihrem erfolgreichen Abschluß nahe gekommen. Die Bemühungen um eine Beruhigung der internationalen Währungsbeziehungen finden in den Maßnahmen der Vereinigten Staaten zur Stabilisierung der Preise und Devisenmärkte ihren Ausdruck. Auch das vorgesehene Europäische Währungssystem soll dazu beitragen. Neben einer konsequenten Fortsetzung der Stabilisierungspolitik

in den inflationsgefährdeten Ländern gilt es 1979 insbesondere, die Bedingungen für den freien Welthandel zu erhalten und zu verbessern sowie in den Industrieländern den unausweichlichen Strukturwandel zu erleichtern.

17. Mehr Arbeitsplätze zu schaffen, die Inflation zu bekämpfen, den Handel zu stärken, den Strukturwandel zu fördern und die Energieprobleme zu vermindern, sind Aufgaben von internationaler Dimension. Sie müssen vor allem durch gemeinsame Anstrengungen in der Europäischen Gemeinschaft und durch Zusammenarbeit mit den anderen Industrieländern gelöst werden. Die Bundesregierung bekräftigt ihre Auffassung, daß das dafür notwendige Wachstum dauerhaft nur bei stabilen ökonomischen und sozialen Bedingungen möglich ist. Insoweit bleibt weiterhin ein differenzierendes Vorgehen der einzelnen Länder entsprechend den unterschiedlichen Bedingungen unerläßlich. Die enge Abstimmung der Wirtschaftspolitik zwischen den Industriestaaten hat sich bewährt. Die Bundesregierung wird diesen Weg fortsetzen und sich insbesondere auch aktiv an den Vorbereitungen für das in Tokyo geplante nächste Gipfeltreffen beteiligen.

Europäische Wirtschafts- und Währungspolitik

18. Die wirtschaftspolitischen Perspektiven der Gemeinschaft im Jahre 1979 stehen in enger Beziehung zur Durchführung der vom Europäischen Rat in Bremen und auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Bonn im Juli 1978 vereinbarten „Gemeinsamen Strategie" (vgl. Ziffer 1 dieses Berichts).

Die von den Mitgliedstaaten seitdem eingeleiteten Maßnahmen orientieren sich weitgehend an den Bremer Beschlüssen; diese Maßnahmen müssen 1979 fortgesetzt werden. Die Bundesregierung unterstreicht die Bedeutung der wirtschaftspolitischen Leitlinien für das Jahr 1979, die der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister am 18. Dezember 1978 für die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten beschlossen hat. Sie betont die anhaltende Dringlichkeit, in der Gemeinschaft den Preis- und Kostenauftrieb weiter einzudämmen und zugleich die Binnennachfrage durch geeignete Maßnahmen zu steigern. Dabei müssen alle Mitgliedstaaten entsprechend ihrer unterschiedlichen Ausgangslage und ihrem wirtschaftspolitischen Aktionsspielraum vorgehen: In einer Reihe von Ländern soll der starke Zuwachs der öffentlichen Ausgaben gebremst werden; zudem soll die Ausgabenstruktur der öffentlichen Haushalte zu Lasten von konsumtiven und von strukturerhaltenden Verwendungszwecken zu Gunsten von investiven, beschäftigungspolitisch wirksameren Ausgaben verbessert werden. Die monetäre Politik ist gehalten, die Stabilität des Geldwertes zu erhalten oder zu verbessern und zugleich die Nutzung des vorhandenen realen Expansionsspielraums zu ermöglichen.

19. Die Bundesregierung unterstreicht, daß die Bemühungen aller Mitgliedstaaten um eine Verringerung der Inflation und um einen Abbau der Disparitäten in der Preis- und Kostenentwicklung 1979 insbesondere auch deshalb verstärkt werden müssen, damit die stabilitätspolitischen Voraussetzungen für ein dauerhaftes Funktionieren des Europäischen Währungssystems gewährleistet werden können. Das am 5. Dezember 1978 vom Europäischen Rat beschlossene Europäische Währungssystem (EWS) soll der europäischen Integration nach seinem Inkrafttreten neue Impulse geben. Funktionsfähigkeit und Dauerhaftigkeit des EWS setzen allerdings voraus, daß alle Teilnehmer am System die zur Aufrechterhaltung fester Wechselkurse erforderliche Konvergenz der wirtschaftlichen Entwicklung durch eine auf größere innere und äußere Stabilität gerichtete Politik auch auf Dauer verwirklichen. Die im vergangenen Jahr erzielten Stabilisierungsfortschritte müssen deshalb fortgesetzt und konsolidiert werden. Da der Wechselkurs zumindest längerfristig von den ökonomischen Grunddaten bestimmt wird, muß diesen und unter ihnen vor allem der Kostenentwicklung besondere Beachtung geschenkt werden.

Außerdem müssen die in der Gemeinschaft bestehenden erheblichen Strukturdisparitäten allmählich verringert werden. Dies ist in erster Linie Aufgabe der Mitgliedstaaten selbst. Die Gemeinschaft kann und muß jedoch hierzu einen Beitrag leisten. Neben verstärkten Bemühungen um eine stabilitätsorientierte Koordinierung der nationalen Wirtschaftspolitiken geht es dabei in begrenztem Maße auch um eine Ausweitung des Ressourcentransfers innerhalb der Gemeinschaft. Die Bundesregierung hat sich deshalb im Zusammenhang mit der vorgesehenen Errichtung des Europäischen Währungssystems zu flankierenden gemeinsamen Anstrengungen auf Gemeinschaftsebene bereit erklärt, durch die das Wirtschaftspotential der weniger wohlhabenden Länder gestärkt werden soll. Sie erwartet, daß die 1978 vollzogene Verdoppelung des Kapitals der Europäischen Investitionsbank, durch die deren verfügbares Ausleihevolumen bis 1983 um 22,5 Mrd. DM ausgeweitet wurde, entsprechende Früchte tragen wird. Dasselbe gilt für die zusätzlichen Zinsbonifikationen, die der Europäische Rat im Dezember 1978 zugunsten der weniger wohlhabenden Länder, die uneingeschränkt am Europäischen Währungssystem teilnehmen wollen, für ein Kreditvolumen von jährlich 2,5 Mrd. DM für die nächsten fünf Jahre beschlossen hat.

Internationale Währungspolitik

20. Die Bundesregierung geht davon aus, daß die nationalen und internationalen Bemühungen zu einer Beruhigung in den internationalen Währungsbeziehungen auch außerhalb des geplanten Europäischen Währungssystems beitragen werden. Die durch das unterschiedliche Konjunkturniveau bedingten Leistungsbilanzungleichgewichte dürften sich 1979 voraussichtlich verringern, da mit einem Abbau des Konjunkturgefälles zwischen den größeren Industrieländern zu rechnen ist. Auch dürften die Wechselkursänderungen der letzten Jahre, deren Effekte erst mit einer gewissen Zeitverzögerung

wirksam werden, in zunehmendem Maße zum Ausgleich außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte beitragen. Insbesondere für die Vereinigten Staaten ist daher eine Verringerung des Leistungsbilanzdefizits zu erwarten. Damit werden auch die Bedingungen für stabilere Wechselkursverhältnisse zwischen den Währungen der größeren Industriestaaten günstiger. Es ist derzeit allerdings noch schwer abzuschätzen, in welchem Ausmaß die von der Organisation erdölfördernder Länder (OPEC) im Dezember 1978 beschlossenen Preiserhöhungen für Erdöl, die spürbar stärker ausfielen als erwartet, die Entwicklung zu einem besseren internationalen Zahlungsbilanzgleichgewicht wieder in Frage stellen.

21. Um so wichtiger ist es darum, daß die Vereinigten Staaten entschlossen bleiben, aktiv die Stellung des Dollars zu stärken und damit zu stabileren internationalen Währungsbeziehungen beizutragen. Die Bemühungen der Vereinigten Staaten, mit Vorrang die Inflation zu bekämpfen, bilden dafür eine wesentliche Grundlage. Neben Fortschritten bei der Inflationsbekämpfung ist darüber hinaus eine Eindämmung der Energieimporte nach wie vor wichtig. Die umfangreiche Aufstockung der amerikanischen Interventionsmöglichkeiten am Devisenmarkt, die Anfang November 1978 eingeleitet wurde, ist von der Bundesregierung und von der Deutschen Bundesbank nachhaltig unterstützt worden.

Das weltweite Potential an offiziellen Kredithilfen und die verfügbare internationale Liquidität sind fühlbar aufgestockt worden. Der Gouverneursrat des Internationalen Währungfonds hat am 11. Dezember 1978 einer jährlichen Neuzuteilung von Sonderziehungsrechten (SZR) in Höhe von 4 Mrd. SZR im Zeitraum 1979 bis 1981 zugestimmt. Der Rat hat ferner eine Erhöhung der IWF-Quoten um 50 % auf 58,5 Mrd. SZR beschlossen. Dieser Beschluß wird allerdings erst nach Abschluß des in vielen Ländern notwendigen Ratifizierungsverfahrens wirksam. Außerdem wird 1979 im Rahmen des Internationalen Währungsfonds die „Ergänzende Finanzierungsfazilität" („Witteveenfazilität") in Höhe von reichlich 10 Mrd. Dollar in Kraft treten, durch die im Einzelfall Ländern, die mit außergewöhnlichen Zahlungsbilanzungleichgewichten konfrontiert sind und ihre normalen Quoten bereits ausgeschöpft haben, durch die Gewährung von Krediten mit wirtschaftspolitischen Auflagen geholfen werden soll.

Außenwirtschaftspolitik

22. Obwohl die Voraussetzungen für eine weitere Erholung der Weltkonjunktur für 1979 besser sind als im vergangenen Jahr (vgl. Ziffer 1 dieses Berichts), sieht die Bundesregierung weiterhin nicht unerhebliche Probleme und Risiken für eine nachhaltige und störungsfreie Entwicklung von Weltwirtschaft und Welthandel. Neben den Unsicherheiten auf den Devisenmärkten besteht in vielen Ländern insbesondere ein erheblicher Druck, die nach wie vor gravierenden Beschäftigungsprobleme und unbewältigten Anpassungsschwierigkeiten in verschiedenen Wirtschaftszweigen durch Rückgriff auf protektionistische und strukturkonservierende Maßnahmen zu lösen. Eine der wichtigsten außenwirtschaftlichen Aufgaben der Bundesregierung wird es daher auch in Zukunft sein, solchen Tendenzen im Hinblick auf die Gefahren, die sich daraus für die Freizügigkeit des internationalen Handels, das Wirtschaftswachstum und das Beschäftigungsniveau weltweit ergeben, entgegenzutreten. Dem erfolgreichen Abschluß der GATT-Verhandlungen kommt hierbei eine wichtige Rolle zu.

23. Bei diesen Verhandlungen wird sich die Bundesregierung im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft weiterhin nachdrücklich für substantielle und ausgewogene Ergebnisse einsetzen. Sie sieht in dem Genfer Rahmenabkommen vom 13. Juli 1978, das von den Hauptverhandlungspartnern erarbeitet und von den Teilnehmerstaaten des Bonner Weltwirtschaftsgipfels ausdrücklich unterstützt worden ist, eine gute Grundlage, nunmehr im Kernbereich der Verhandlungen zu abschließenden Lösungen zu kommen. Dabei mißt sie neben einer substantiellen Senkung der Zölle, befriedigenden Regelungen im Agrarbereich und der Verringerung nicht-tarifärer Handelshemmnisse insbesondere auch den Verbesserungen der rechtlichen Rahmenbedingungen des Welthandels großes Gewicht bei. Dazu gehören vor allem die Verbesserung der internationalen Disziplin im Bereich der Subventionen und der Ausgleichszölle sowie die Fortentwicklung und Präzisierung des Streitschlichtungsverfahrens im GATT. Von zentraler Bedeutung ist es nach Auffassung der Bundesregierung außerdem, in den GATT-Verhandlungen alle sachgerechten materiellen Konzessionsmöglichkeiten zugunsten der Entwicklungsländer auszuschöpfen, um deren Integration in die Weltwirtschaft zu unterstützen.

24. Zur institutionellen Verbesserung der internationalen Wettbewerbsordnung hat die Bundesregierung im Rahmen der 4. Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen eine Verschärfung der Mißbrauchsaufsicht über Exportkartelle vorgeschlagen. Sie unterstützt darüber hinaus die Arbeiten internationaler Gremien, insbesondere der OECD und der UNCTAD, internationale Wettbewerbsbeschränkungen verstärkt zu überwachen.

25. Die Bundesregierung wird sich auf allen Ebenen weiterhin mit Nachdruck für eine verstärkte Eingliederung der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft einsetzen, um durch eine intensivere Integration dieser Länder in die Weltwirtschaft einen Abbau des Wohlstandsgefälles zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zu ermöglichen. Diesem Ziel dient auch die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit diesen Ländern, die die Bundesregierung weiter intensiviert hat. Ein dauerhaft verstärktes wirtschaftliches Wachstum der Entwicklungsländer ist allerdings nur auf der Grundlage eigenständiger Anstrengungen dieser Länder im Rahmen einer sinnvollen Fortentwicklung des freiheitlichen Weltwirtschaftssystems zu erreichen.

Direktinvestitionen deutscher Unternehmen in Entwicklungsländern können wesentlich dazu beitragen, die Industrialisierung dieser Länder zu fördern. Die Bundesregierung hat deshalb vorgeschlagen, das Entwicklungsländersteuergesetz über den 31. Dezember 1978 hinaus mit einigen wichtigen Verbesserungen zu verlängern. Aus dem gleichen Grunde ist die Bundesregierung für eine weitere Verbesserung der von der Europäischen Gemeinschaft seit 1971 den Entwicklungsländern gewährten Allgemeinen Zollpräferenzen eingetreten. Sie begrüßt es, daß die speziellen Handelsvorteile für die am wenigsten entwickelten Länder vergrößert werden konnten.

26. Die Beratungen in den Vereinten Nationen und die Arbeiten an einer neuen Entwicklungsstrategie sollten nach Auffassung der Bundesregierung ebenfalls von dem Ziel bestimmt sein, das marktwirtschaftlich orientierte Weltwirtschaftssystem in sinnvoller Weise fortzuentwickeln. Vor allem die fünfte Welthandels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD V) wird ein wichtiges Diskussionsforum für die Bereiche Handelspolitik, Rohstoffe, Währungs- und Finanzfragen, den Ressourcentransfer sowie die Übertragung von Technologie sein. Die Industrieländer haben das Problem der Verschuldung der ärmeren Entwicklungsländer dadurch entschärft, daß sie ihre Bereitschaft erklärt haben, im Einzelfall Maßnahmen anzuwenden, die zu einer rückwirkenden Anpassung der Konditionen bei noch ausstehenden Entwicklungshilfekrediten führen und damit eine erhöhte Hilfe zur Folge haben. Die von der Bundesrepublik Deutschland hierfür eingeleiteten Maßnahmen können über einen längeren Zeitraum insgesamt zu einem Verzicht auf Amortisations- und Zinsleistungen in Höhe von bis zu 4,3 Mrd. DM führen.

27. Im Bereich der internationalen Rohstoffpolitik steht im Zentrum der Beratungen nach wie vor das „Integrierte Rohstoffprogramm". Die dritte Verhandlungskonferenz über einen Gemeinsamen Fonds vom 14. bis 30. November 1978 in Genf hat zwar Annäherung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern in einzelnen Punkten gebracht. Umstritten ist vor allem noch die Finanzstruktur des Fonds. Die Bundesregierung ist zu einer Beteiligung an einem Gemeinsamen Fonds bereit; sie hält jedoch unverändert an dem Grundsatz fest, daß ein Gemeinsamer Fonds keine direkten Interventionen auf den Rohstoffmärkten vornehmen soll. Auch müssen die bestehenden oder neue Rohstoffabkommen autonom bleiben. Ziel der Bundesregierung ist es, in den weiteren Verhandlungen ein ausgewogenes und für alle Beteiligten akzeptables Ergebnis zu erreichen.

Die Bundesregierung setzt sich weiterhin für ein weltweites System zur Stabilisierung der Rohstoff-Exporterlöse ein. Die Möglichkeiten für die Einführung eines solchen Systems werden auf deutsche Initiative zur Zeit im gemeinsamen Entwicklungsausschuß des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank beraten.

28. Die Erhaltung funktionsfähiger Märkte und die Zusammenarbeit mit Erzeugerländern ist eine unerläßliche Voraussetzung für die langfristige Sicherung der Versorgung der deutschen Wirtschaft mit Rohstoffen zu angemessenen Bedingungen. Dies gilt insbesondere für mineralische Rohstoffe. Zur Verbesserung der Versorgung durch Diversifizierung der Rohstoffbezüge setzt die Bundesregierung vor allem das rohstoffspezifische Explorationsprogramm und das außenwirtschaftliche Gewährleistungsinstrumentarium ein. Die Mittel des Explorationsprogramms werden 1979 von 45 auf 51 Mio DM aufgestockt und künftig auch zur Unterstützung der Unternehmen beim Einstieg in fortgeschrittene Explorationsprojekte eingesetzt. Außerdem werden methodische und gerätetechnische Entwicklungen für Prospektion und Exploration gefördert. Überlegungen zu möglichen Maßnahmen zur Verbesserung der Vorratshaltung sind eingeleitet.

Aus volkswirtschaftlichen Gründen und unter dem Aspekt der Versorgungssicherheit besteht ein öffentliches Interesse an einer Absicherung gegen kurzfristige verknappungsbedingte Störungen des Wirtschaftsablaufs. Die Bundesregierung steht daher in einem ständigen Dialog mit der Wirtschaft, um auf eine ausreichende Bevorratung vor allem mit sensiblen Industrierohstoffen hinzuwirken.

29. Auf der 3. Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen ist es vor allem hinsichtlich des vorgesehenen „Internationalen Meeresbodenregimes" bisher nicht gelungen, eine Konvention zu erarbeiten, die den Staaten und Unternehmen, die Tiefseebergbau betreiben können, einen sicheren Zugang zu diesen Rohstoffquellen gewährt. Die Bundesrepublik wird in den kommenden Verhandlungen weiterhin hierfür eintreten.

30. Die Bundesregierung wird ihre Bemühungen um eine weitere Intensivierung ihrer Wirtschaftsbeziehungen mit allen Ländergruppen der dritten Welt fortsetzen. Wegen der engen Nachbarschaft der arabischen Mittelmeerländer zur Europäischen Gemeinschaft kommt dem Europäisch-Arabischen Dialog dabei besondere Bedeutung zu. Ansätze für Fortschritte bestehen beim Technologietransfer, dem gegenseitigen Investitionsschutz und im Handelsbereich. Ein Übereinkommen, ein Europäisch-Arabisches Zentrum für den Technologietransfer zu gründen, wurde vor kurzem bereits abgeschlossen.

Zu einer konstruktiven Zusammenarbeit muß es nach Auffassung der Bundesregierung auch zwischen den ASEAN-Mitgliedstaaten und der Europäischen Gemeinschaft kommen. Das auf dem Außenministertreffen EG—ASEAN im November 1978 erzielte Einvernehmen, insbesondere durch Ausbau der gegenseitigen Beziehungen in den Bereichen Handel, Rohstoffe, Investitionen, Technologietransfer verstärkt nach gemeinsamen Lösungen wirtschaftlicher Probleme zu suchen, stellt dafür einen bedeutenden Schritt dar.

31. Angesichts der auch 1979 zu erwartenden Handelsbilanzungleichgewichte hängt die Fortent-

wicklung der Wirtschaftsbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland mit den Staatshandelsländern weiterhin nicht zuletzt von deren Exportmöglichkeiten ab. Dies setzt weitere Verbesserungen der Lieferstrukturen und des Marketing der Staatshandelsländer voraus. Kompensationslieferungen können in diesem Zusammenhang nur eine sehr begrenzte Rolle spielen. Sie werfen eine Reihe schwieriger Probleme auf. Die Bundesregierung hat hierauf wiederholt hingewiesen. Sie wird in ihren Kontakten mit den Staatshandelsländern darauf hinwirken, Fehlentwicklungen auf diesem Gebiet zu vermeiden.

Die Bundesregierung setzt sich wegen der wachsenden Bedeutung des Wirtschaftsaustausches mit den Staatshandelsländern für eine entsprechende Ausgestaltung des handelspolitischen Instrumentariums der Europäischen Gemeinschaft zu den Staatshandelsländern ein. Als erstes Handelsabkommen der Europäischen Gemeinschaft mit einem Staatshandelsland wurde am 3. April 1978 ein Abkommen mit der Volksrepublik China geschlossen.

32. Über den Abschluß eines präferentiellen Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Jugoslawien wird zur Zeit beraten.

III. Ordnungs- und Strukturpolitik

33. Beschäftigungspolitische Fortschritte sowie ein fairer Interessenausgleich zwischen den Industrienationen und der Dritten Welt sind dauerhaft nur zu erreichen, wenn die Industrieländer die Herausforderungen annehmen, die sich aus dem unausweichlichen Prozeß der strukturellen Anpassung ergeben. Dafür ist es wichtig, daß jedes Land seinen eigenen wachstums- und stabilitätspolitischen Handlungsspielraum ausschöpft. Nationalstaatliche Alleingänge in Richtung Protektionismus sowie der Versuch internationaler Reglementierungen für ganze Branchen können das Problem der Arbeitslosigkeit nicht dauerhaft lösen. Die Bundesregierung sieht darin vielmehr die Gefahr einer kostspieligen Konservierung von veralteten Strukturen und einer Ausdehnung der außerhalb des Wettbewerbs gestellten Bereiche zu Lasten der allgemeinen Wohlfahrt, insbesondere auch in den wirtschaftlich schwächeren Ländern. Protektionistische Regelungen provozieren zudem leicht internationale Konflikte.

Wettbewerbs- und Verbraucherpolitik

34. Die Sicherung der Funktionsfähigkeit der Märkte ist weiterhin das Kernelement der zukünftigen Aufgaben der Wettbewerbspolitik. Die Fortentwicklung und Festigung der wettbewerbspolitischen Rahmenbedingungen ist da notwendig, wo sich angesichts veränderter Verhältnisse Lücken und Schwächen des geltenden Instrumentariums gezeigt haben. Die Bundesregierung hat daher im Mai 1978 den gesetzgebenden Körperschaften den Entwurf für eine Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (BT-Drucksache 3/2136) zur Beschlußfassung zugeleitet. Er zielt vor allem auch auf eine Verbesserung der Marktchancen kleiner und mittlerer Unternehmen ab.

Der Regierungsentwurf enthält Regelungen für die bereits im Jahreswirtschaftsbericht 1978 beschriebenen Problembereiche. Für die Fusionskontrolle werden zusätzliche Vermutungstatbestände für Marktbeherrschung vorgeschlagen, um konglomerate und vertikale Zusammenschlüsse besser erfassen zu können. Die Anschlußklausel (§ 24 Abs. 8 Satz 1 Nr. 2) soll modifiziert werden, um Zusammenschlüsse von großen Unternehmen mit mittelständischen Unternehmen nunmehr weitgehend der Fusionskontrollpflicht zu unterstellen. Im Rahmen der Mißbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen sollen den Geschädigten erweiterte Schadensersatzansprüche eingeräumt, die Abschöpfung von durch Mißbrauch erlangten Vermögensvorteilen eingeführt sowie die sofortige Vollziehbarkeit von Mißbrauchsverfügungen verschärft werden. Zur wirksameren Kontrolle des Mißbrauchs von Nachfragemacht soll auch der Veranlasser von Diskriminierungen im Rahmen des Diskriminierungsverbots erfaßt sowie ein Vermutungstatbestand für die Abhängigkeit von Anbietern gegenüber Nachfragern eingeführt werden.

Diese Fortentwicklung des Kartellgesetzes befindet sich derzeit in der parlamentarischen Beratung. Die Bundesregierung wird sich dabei der notwendigen sachlichen Auseinandersetzung mit weiteren Vorschlägen nicht verschließen, wenn sie geeignet sind, die Rahmenbedingungen für den Wettbewerb wirksam zu verbessern.

35. Die Bundesregierung hat den gesetzgebenden Körperschaften ferner den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb vorgelegt (BT-Drucksache 8/2145). Durch die UWG-Novelle soll den durch unlautere Wettbewerbsmaßnahmen zum Vertrag bestimmten Abnehmern ein Ersatzanspruch gewährt werden. Dem durch unwahre Werbeangaben zum Vertrag bestimmten Abnehmer soll darüber hinaus ein Rücktrittsrecht zustehen. Neue Strafbestimmungen gegen die progressive Kundenwerbung (Schneeballsysteme) und gegen die Betriebsspionage sollen den Schutz der Verbraucher und der Wirtschaft vor besonders gefährlichen Formen unlauterer Wettbewerbsmaßnahmen abrunden. Auch hier werden die Beratungen über diesen Gesetzentwurf Gelegenheit bieten, weitere, ergänzende Vorschläge in die Erörterung einzubeziehen.

Darüber hinaus mißt die Bundesregierung der Aufklärung der Verbraucher über energiesparende Maßnahmen weiterhin besondere Bedeutung zu. Den Verbraucherorganisationen werden für spezielle Maßnahmen auf diesem Gebiet finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt. Im Bereich der Verbraucherorganisationen wird die Stiftung Verbraucherinstitut mit finanzieller Förderung durch den Bund ihre Arbeiten, die sie Ende 1978 aufgenommen hat, intensivieren. Die Schwerpunkte sollen bei der Fortbildung von Beratungskräften und der Erarbeitung

von Grundlagen für eine wirkungsvolle Verbraucherinformation liegen. Die verbraucherpolitischen Leitgedanken des Gesetzes zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen sollen auch im Bereich der Allgemeinen Versorgungsbedingungen für die Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung durch entsprechende Neuregelungen berücksichtigt werden.

Mittelstandspolitik

36. Die Bundesregierung wird in verstärktem Maße die Gründung von gewerblichen Unternehmen und Existenzgründungen in freien Berufen erleichtern. Sie sieht darin neben der Verbesserung der wettbewerbspolitischen Rahmenbedingungen ein weiteres Element zur Erhaltung und Sicherung funktionsfähiger Marktstrukturen. Zur Ergänzung der vorhandenen Fördermaßnahmen wird ein Eigenkapitalhilfe-Programm mit dem Ziel entwickelt, den Mangel an Risikokapital zu verringern, an dem geplante Existenzgründungen häufig scheitern. Es ist vorgesehen, langfristige Darlehen mit Eigenkapitalfunktion für Existenzgründungen zur Verfügung zu stellen. Die dadurch erweiterte Eigenkapitalbasis wird die Voraussetzungen für die Gewährung von Fremdmitteln durch die Kreditwirtschaft sowie für die Inanspruchnahme öffentlicher Kreditprogramme des Bundes (z. B. ERP-Existenzgründungsprogramm) und der Länder verbessern.

Ergänzt wird das Eigenkapitalhilfe-Programm durch einen verstärkt auf die Existenzgründung ausgerichteten Ausbau des Informations- und Beratungsinstrumentariums der Gewerbeförderung. Dieses ergänzende Programm soll vier Phasen umfassen: Motivation und Information der an einer selbständigen Existenz Interessierten, Beratung bei der Vorbereitung und Durchführung der Existenzgründung, Beratung und Fortbildung in der Anlaufphase sowie Erfolgskontrolle der Existenzgründungsförderung.

In kleinen und mittleren Unternehmen wird das dort vorhandene Innovationspotential häufig besonders wegen zu geringer Finanzmittel nicht ausreichend genutzt. Untersuchungen zeigen jedoch, daß Ausmaß und Richtung des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts wesentlich auch von diesen Unternehmen beeinflußt werden. Um die Innovationsbereitschaft und Innovationsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen des Produzierenden Gewerbes zu stärken, fördert die Bundesregierung ab 1979 mit einem Programm von 300 Mio DM die Forschungs- und Entwicklungstätigkeit mittelständischer Unternehmen durch Zuschüsse zu den Personalaufwendungen. Da bei diesen Unternehmen die Forschungs- und Entwicklungskosten zu rd. zwei Drittel aus Personalkosten bestehen, wird mit dieser Maßnahme eine Lücke im bisherigen System der Technologieförderung geschlossen. Kleine und mittlere Unternehmen werden außerdem vor allem dadurch begünstigt, daß die steuerliche Zulage für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen bis zu einem Höchstbetrag von 500 000 DM von 7,5 auf 20 % rückwirkend ab 1978 erhöht wurde und daß das ERP-Umstellungsprogramm eine Aufstockung von 25 Mio DM auf 120 Mio DM sowie eine Verstärkung seiner innovatorischen Zielrichtung erfahren soll.

Berufliche Bildung

37. Die Bundesregierung hält es für dringlich, daß auch 1979 genügend Ausbildungsplätze angeboten werden. Da die Zahl der Haupt- und Realschulabsolventen im Jahre 1979 ihren voraussichtlichen Höhepunkt erreichen wird und auch die Abiturienten steigendes Interesse an einer Berufsausbildung zeigen, müssen alle Ausbildungsmöglichkeiten — insbesondere im dualen System — voll ausgeschöpft und auch weitere Ausbildungsplätze geschaffen werden, damit jeder Jugendliche, der es wünscht, eine Berufsausbildung erhalten kann. Die erhebliche Zunahme der Anzahl betrieblicher Ausbildungsplätze in den Jahren 1977 und 1978 zeigt eine beträchtliche Anpassungsfähigkeit und -bereitschaft der Betriebe. Diese handeln dabei auch in ihrem eigenen Interesse; denn bis 1992 wird sich der Arbeitskräftenachwuchs in der Bundesrepublik Deutschland nahezu halbieren. Der Facharbeitermangel, der bereits heute in einer Reihe von Bereichen zu Engpässen führt, könnte dann zu einem bedeutsamen Wachstumshemmnis der deutschen Volkswirtschaft werden. Auch aus gesamtwirtschaftlichen Gründen muß daher die berufliche Bildung ausgebaut und die Berufsberatung verbessert werden.

Die Ausbildungsordnungen werden entsprechend den wirtschaftlichen, technischen und gesellschaftlichen Anforderungen weiterentwickelt und mit den schulischen Rahmenlehrplänen abgestimmt. Überbetriebliche und andere Einrichtungen der Berufsausbildung werden weiter gefördert. Die Fördermaßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" und im Rahmen der Gewerbeförderung werden fortgesetzt.

Sektorale Strukturpolitik

38. Wesentliche Teile der deutschen Wirtschaft sind gegenwärtig und auf absehbare Zeit mit gravierenden strukturellen Anpassungsproblemen konfrontiert. Zwar wird einerseits der Strukturwandel durch das für 1979 erwartete stärkere gesamtwirtschaftliche Wachstum erleichtert werden; so weist der Sachverständigenrat zu Recht darauf hin, „daß sich der Stau des unbewältigten Strukturwandels, der sich im Gefolge der Rezession gebildet hatte, allmählich abbaut" (Ziffer 272 JG). Andererseits ist schon jetzt erkennbar, daß trotz der Anpassungsfortschritte in einer Reihe von Bereichen der Bedarf an Strukturanpassung insgesamt weiter anhält und zum Teil noch zunimmt. Neben den ständigen technischen und organisatorischen Veränderungen werden seit einiger Zeit für die deutsche Wirtschaft insbesondere die Verschiebungen in der internationalen Arbeitsteilung immer stärker spürbar. So wächst bei industriell erzeugten Massengütern die Wettbewerbsfähigkeit von Entwicklungsländern,

die die Schwelle der Industrialisierung überschritten haben. Außerdem ergibt sich immer mehr eine Spezialisierung zwischen Industriestaaten. Hinzu kommen die langsamere Expansion des Welthandels, Verschiebungen im Wechselkursgefüge in den letzten Jahren und verstärkter Protektionismus. Gleichzeitig sind auch in der Binnenwirtschaft nachhaltige Veränderungen bei der Endnachfrage zu registrieren. So wird ein wachsender Teil der Verbrauchernachfrage, der über den existenziellen Grundbedarf hinausgeht, zunehmend differenzierter und unterliegt stärkeren Schwankungen der Präferenzen. Ferner ändert sich die Nachfragestruktur im Zusammenhang mit der Entwicklung der Bevölkerung und ihres Altersaufbaus erheblich.

Vor allem aufgrund dieser Veränderungen muß auch in Zukunft mit einem fortschreitenden Strukturwandel in der deutschen Wirtschaft gerechnet werden. Dieser Wandel sollte dabei nicht nur als eine Belastung, sondern auch als eine Chance für die Wirtschaftsentwicklung in der Zukunft angesehen werden. Insbesondere bietet eine zügige Anpassung des Produktionspotentials an strukturelle Veränderungen gesamtwirtschaftlich zumeist erhebliche Vorteile. Die rasche Umstellung auf neue aussichtsreiche Produkte und Verfahren trägt vor allem zur Erhaltung und Schaffung dauerhafter Arbeitsplätze sowie zur Absicherung und Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung bei.

Chancen und Probleme struktureller Anpassung können an zwei Beispielen weltwirtschaftlicher Veränderungen verdeutlicht werden:

a) Entwicklungsländer, die an der Schwelle zur Industrialisierung stehen oder sie überschritten haben, haben bei einigen Produkten Kostenvorteile gegenüber der Bundesrepublik Deutschland. Änderungen von Produktionsstandorten, die sich daraus ergeben, sind ein Kennzeichen funktionierender internationaler Arbeitsteilung. Sie tragen zum Anstieg der Realeinkommen in den „Schwellenländern" bei und schaffen damit die Voraussetzung für die Aufnahme von Produkten, bei denen die deutsche Wirtschaft, u. a. aufgrund von Produktqualität, Zuverlässigkeit und Qualifikation der Arbeitnehmer, hohem technologischem Stand, Lieferpünktlichkeit und Service, ihrerseits günstige Absatzchancen hat.

b) Die gestiegenen Auslandsinvestitionen der deutschen Wirtschaft werden bisweilen als beschäftigungspolitisches Problem angesehen. Sie dienen jedoch auch direkt und indirekt der Absicherung und Ausdehnung von Exportmärkten oder generell der Existenzfähigkeit inländischer Unternehmen. Außerdem erleichtern sie einen intensiven Technologieaustausch mit den führenden Industriestaaten, auf den eine hochentwickelte Wirtschaft gerade unter Beschäftigungsgesichtspunkten angewiesen ist.

39. Die weltweiten Umstrukturierungen führen derzeit in nahezu allen Ländern zu erheblichen Friktionen besonders im Bereich der Beschäftigung. Die damit vielfach verbundenen regionalen, sozialen und menschlichen Probleme können jedoch zumeist und vor allem auf Dauer nicht durch staatliche Erhaltungsmaßnahmen gelöst werden. Konservierende Eingriffe bedeuten im allgemeinen Verzicht auf künftiges Wirtschaftswachstum und damit auch auf Einkommensverbesserungen und Beschäftigungsmöglichkeiten für alle. Außerdem zeigen die Erfahrungen, daß subventionierte Arbeitsplätze wegen begrenzter Finanzierungsspielräume der öffentlichen Haushalte sowie der Belastungsgrenzen von Steuerzahlern und Verbrauchern längerfristig unsicher sind. Erhaltungssubventionen vermindern nicht zuletzt auch die Anpassungsbereitschaft in den Unternehmen. Sie belasten zudem die Haushalte und engen auf diese Weise den finanzpolitischen Spielraum für Maßnahmen zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts ein.

Hinzu kommen vielfach die internationalen Rückwirkungen staatlicher Eingriffe in den Strukturprozeß. So besteht in vielen Fällen die Gefahr, daß sie Vergeltungsmaßnahmen oder einen Subventionswettlauf auslösen. Schon jetzt sind bei vielen Staaten protektionistische Tendenzen unübersehbar. Die Bundesrepublik Deutschland als eines der führenden Exportländer trägt besondere Verantwortung für die Sicherung eines freien Welthandels. Wenn Länder mit hohem Lebensstandard in steigendem Maße Strukturkonservierung vor allem zu Lasten solcher Länder ergreifen, die in der internationalen Einkommensskala einen weniger günstigen Platz einnehmen, wäre der freie Welthandel, dem gerade auch die Bundesrepublik Deutschland einen erheblichen Teil des erreichten Wohlstandes verdankt, aufs äußerste gefährdet. Die Bundesregierung hat daher in einem „Memorandum zur EG-Strukturpolitik in der gewerblichen Wirtschaft" vom Frühjahr 1978 mit Nachdruck auf die Folgen eines wachsenden Protektionismus hingewiesen, der immer mehr von dem Motiv der Verweigerung der Anpassung bestimmt ist. Auch im OECD-Bereich ist sie bemüht, handelsbeschränkenden Entwicklungen mit Nachdruck entgegenzutreten. Der OECD-Ministerrat hat im Juni 1978 nicht nur erneut seinen Willen bekräftigt, handelspolitische Beschränkungen zu verhindern; er hat sich darüber hinaus über allgemeine Grundsätze zur positiven Strukturanpassung geeinigt.

40. Der Strukturwandel ist eine Herausforderung für alle am Wirtschaftsprozeß Beteiligten. Die Bundesregierung hat im Jahreswirtschaftsbericht 1978 und in der Antwort auf die Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion zur sektoralen Strukturpolitik vom 9. März 1978 (BT-Drucksache 8/1607) bekräftigt, daß

a) die Bewältigung des Strukturwandels eine wichtige Aufgabe der Unternehmen ist,

b) die Steuerung der Wirtschaftsstruktur durch den Markt und durch staatliche Rahmenbedingungen erfolgt,

c) der Staat den strukturellen Anpassungsprozeß lediglich generell erleichtern und nur in bestimmten Fällen unterstützen kann.

Um den Umstrukturierungsprozeß in der Bundesrepublik Deutschland nachhaltig zu fördern, kommt

es vor allem darauf an, die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Unternehmen zu stärken und die Voraussetzungen zu schaffen, daß auf der Grundlage unternehmerischer Risikobereitschaft Neuerungen rasch in marktgängige Produkte und Verfahren umgesetzt werden. Hierfür ist eine ausreichende Elastizität und Flexibilität der Wirtschaft erforderlich. Eine zunehmende Tendenz zu verstärkter Rigidität wesentlicher Kostenelemente beeinträchtigt dagegen die Anpassungsfähigkeit der Unternehmen.

Eine stärkere innovatorische Ausrichtung der Wirtschaft kann vor allem dadurch erleichtert werden, daß der Grundkonsens zwischen den in der Wirtschaft Tätigen über die Notwendigkeit und Richtung des wirtschaftlichen, technischen und sozialen Fortschritts fortbesteht. Darüber hinaus bedarf es eines vergleichsweise hohen Investitionsvolumens, um eine entsprechende Umstrukturierung des Produktionspotentials zu erreichen. Im Hinblick auf die Investitionsrisiken ist es wichtig, daß die Wirtschaft um eine ausreichende Ausstattung der Unternehmen mit haftendem Eigenkapital bemüht ist. Nach Angaben des Sachverständigenrates war 1976 „der Anteil der Eigenmittel an der Bilanzsumme im Durchschnitt aller Unternehmen um etwa ein Fünftel niedriger als Mitte der sechziger Jahre" (Ziffer 57 JG).

Mit Sorge beobachtet die Bundesregierung auch, daß der Anteil der Investitionen in der Verarbeitenden Industrie an den Gesamtinvestitionen seit 1970 kontinuierlich zurückgegangen ist; trotz voraussichtlicher weiterer Expansion des tertiären Sektors ist nämlich nicht zu erwarten, daß in diesem Bereich eine ausreichende Zahl von Arbeitsplätzen geschaffen werden kann.

41. Die Strukturpolitik hat vor allem die Aufgabe, die notwendigen Umstrukturierungen zu erleichtern, indem sie die staatlichen Rahmenbedingungen den sich ändernden binnen- und weltwirtschaftlichen Gegebenheiten anpaßt. Um aufgrund des technologischen Niveaus ausreichendes Wirtschaftswachstum und einen hohen Beschäftigungsstand zu erreichen, wird es insbesondere notwendig sein, die Anstrengungen der Wirtschaft zu unterstützen, Forschung und Entwicklung sowie innovative Investitionen durchzuführen, wobei Maßnahmen zur Einsparung von Energie, zur Verbesserung des Umweltschutzes und zur Humanisierung der Arbeitsbedingungen im Vordergrund stehen werden. Aufgabe der Strukturpolitik ist es dagegen nicht, die strukturelle Entwicklung vorzugeben, insbesondere weil zuverlässige branchenbezogene Strukturprognosen nicht erstellt werden können. Dies ist im Jahreswirtschaftsbericht 1978 und in der erwähnten Antwort auf die Große Anfrage zur sektoralen Strukturpolitik ausführlich dargelegt worden.

Die Bundesregierung ist nachhaltig darum bemüht, Hindernisse des Strukturwandels zu beseitigen:

a) Mit dem mittelfristig ausgerichteten Programm für Zukunftsinvestitionen, der für 1979 vorgesehenen Haushaltspolitik des Bundes und den steuerlichen Entlastungen sind sowohl auf der Nachfrage- als auch auf der Angebotsseite die Voraussetzungen für einen erleichterten Strukturwandel verbessert worden.

b) Da die wirtschaftlichen Aktivitäten neuer Unternehmen vielfach in zukunftsträchtig erscheinenden Bereichen liegen dürften, sind sie ein wesentliches Element des Strukturwandels. Deshalb wird die Gründung neuer Unternehmen zusätzlich zu den beschlossenen steuerlichen Maßnahmen durch die vorgesehene Eigenkapitalhilfe (vgl. Ziffer 36 dieses Berichts) und durch die aufgestockten Mittel im ERP-Existenzgründungsprogramm verstärkt gefördert.

c) Die Innovationsbereitschaft der Unternehmen wird weiterhin durch direkte und indirekte Maßnahmen unterstützt. Zur Ausnutzung des Innovationspotentials insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen sind die unter Ziffer 36 dieses Berichts genannten Fördermaßnahmen beschlossen worden.

d) Um Hindernisse für eine befriedigende Mobilität der Arbeitnehmer abzubauen, ist in den vergangenen Jahren ein breites Förderinstrumentarium im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes geschaffen worden. Die Bundesregierung strebt mit der vorgeschlagenen Novelle zu diesem Gesetz weitere Verbesserungen an.

Eine befriedigende Koordinierung der sektorspezifischen Politik setzt voraus, daß gewährte Subventionen transparenter gemacht und von Parlament und Regierung regelmäßig kritisch überprüft werden. Hilfsmittel hierfür ist der Subventionsbericht. Die Bundesregierung strebt eine weitere Verbesserung dieses Berichts an.

Auch in der Bundesrepublik Deutschland werden in den letzten Jahren zunehmend Forderungen nach direkten finanziellen Stützungsmaßnahmen zur Sanierung einzelner Unternehmen an die Gebietskörperschaften herangetragen. Die Bundesregierung ist deshalb bemüht, eine bessere Abstimmung zwischen den verschiedenen staatlichen Stellen zu erreichen, um den Umfang staatlicher Interventionen insgesamt zu verringern und insbesondere wettbewerbsverzerrenden Eingriffen entgegenzuwirken.

Aufbau einer Strukturberichterstattung

42. Um die Transparenz über die strukturelle Entwicklung für Staat und Wirtschaft zu verbessern, hat die Bundesregierung den Aufbau einer Strukturberichterstattung vorgesehen. Nach umfangreichen Vorarbeiten hat der Bundesminister für Wirtschaft Ende Januar 1978 an fünf wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute getrennte Forschungsaufträge mit dem Thema „Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft" vergeben. Ziele, Grundsätze und Inhalt dieses Forschungsprojektes sind im Jahreswirtschaftsbericht 1978 dargestellt worden. Die Institute sind beauftragt worden, im August 1979 Zwischenberichte vorzulegen, in denen bereits erste Forschungsergebnisse dargestellt werden.

Um die statistische Datenbasis für gesamtwirtschaftlich konsistente Analysen, die mit der Strukturberichterstattung angestrebt werden, zu verbessern, nimmt das Statistische Bundesamt seit Mitte 1978 umfangreiche Um- und Neuberechnungen vor. Ziel dieser Arbeiten ist es, für zentrale Bereichsgrößen in einer Tiefengliederung bis zu 60 Sektoren die Verknüpfung mit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung herzustellen. Diese Daten werden schrittweise bis 1980 erarbeitet und vorgelegt.

Ergänzend zu den Forschungsaufträgen zur Strukturberichterstattung sind das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, und das Institut für Weltwirtschaft, Kiel, Ende August 1978 beauftragt worden, „Möglichkeiten und Grenzen der Regionalisierung der sektoralen Strukturberichterstattung" im Rahmen von Vorstudien zu untersuchen. Die Institute sollen insbesondere prüfen, inwieweit eine Regionalisierung der Berichterstattung zur Erklärung des Wandels der sektoralen Wirtschaftsstruktur und der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beitragen kann und welche analytischen Verfahren als praktikabel und erfolgversprechend angesehen werden können. Die Vorstudien sollen Mitte 1979 abgeschlossen sein.

Neben der Strukturberichterstattung haben der Bundesminister für Wirtschaft, der Bundesminister für Forschung und Technologie sowie der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung zur Analyse der Auswirkungen des technischen Fortschritts auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt im Herbst vergangenen Jahres konkurrierende Studien an zwei Projektgemeinschaften vergeben. In diesen Gutachten soll vor allem untersucht werden, ob sich in absehbarer Zukunft der technologische Wandel verstärken und Folgewirkungen auslösen könnte und ob der technologische Wandel Aktionen und Reaktionen der Wirtschaft bewirken dürfte, die künftig zu Schwierigkeiten auf den Arbeitsmärkten führen. Die Gutachten sollen im September 1979 abgeschlossen werden.

Sektorale Strukturpolitik in einzelnen Bereichen

43. Die Bundesregierung wird weiterhin mit strukturpolitischen Maßnahmen den Anpassungsprozeß in solchen Wirtschaftsbereichen unterstützen, in denen die Gefahr besteht, daß es andernfalls vor dem Hintergrund der nach wie vor bestehenden binnen- und weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten zu bruchartigen Entwicklungen mit unerwünschten sozialen Härten käme. Staatliche Hilfe für einzelne Wirtschaftsbereiche muß aber die Ausnahme bleiben.

Der Umstrukturierungsprozeß in der deutschen Wirtschaft bringt für einige Regionen besondere Probleme mit sich. Die zuständigen Ressorts sind deswegen beauftragt worden, zu untersuchen, wie in Zusammenarbeit mit den Küstenländern die Industrie- und Beschäftigungsstruktur der Küstenregion unter Berücksichtigung der Anpassungserfordernisse der Werftindustrie verbessert werden kann, und hierfür unverzüglich Vorschläge zu erarbeiten. Darüber hinaus wurden der Bundesminister für Wirtschaft und der Bundesminister der Finanzen beauftragt zu prüfen, ob — unter Berücksichtigung der verfassungsmäßigen Aufgaben der Länder — auch in anderen Regionen die aus sektoralen Anpassungsprozessen resultierenden Beschäftigungsprobleme durch regionale investitions- und wachstumsfördernde Maßnahmen erleichtert werden können.

44. Die deutsche *Stahlindustrie* wie auch die Stahlunternehmen in den anderen europäischen Ländern arbeiten infolge des weltweiten Ausbaus der Kapazitäten, der zum Teil kostengünstigeren Produktion in Entwicklungsländern sowie infolge des immer noch relativ schwachen Nachfrageniveaus in den traditionellen Abnehmerbereichen der Stahlindustrie der Europäischen Gemeinschaft überwiegend mit einer ungenügenden Kapazitätsauslastung. Die Stahlindustrie muß daher ihre Bemühungen fortsetzen, sich den weltweit geänderten Marktverhältnissen anzupassen. Um den Unternehmen diese Anpassung zu erleichtern, sind die Krisenmaßnahmen der Europäischen Gemeinschaft bis Ende 1979 befristet verlängert worden.

Ein umfangreiches Anpassungsprogramm wird zur Zeit bei den Saar-Stahlunternehmen mit finanziellen Hilfen (bedingt rückzahlbaren Zuschüssen und Bürgschaften) von Bund und Land verwirklicht; es ist für den Arbeitsmarkt dieser Region von erheblicher Bedeutung.

Die Bundesregierung hält unverändert einen baldigen Abbau internationaler Wettbewerbsverzerrungen im Stahlbereich infolge direkter oder indirekter Beihilfen für vordringlich. Deshalb hat der Rat der Europäischen Gemeinschaft am 18./19. Dezember 1978 auf Drängen der Bundesregierung Grundsätze für eine gemeinschaftliche Beihilfedisziplin beschlossen. Sie sollen die Basis für einen Subventionskodex der Gemeinschaft bilden, der Wettbewerbsverzerrungen durch Beihilfen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft verhindert und so im Sinne einer Anpassung der Stahlindustrie wirkt.

45. Der *Schiffbau* befindet sich weltweit in einem tiefgreifenden Anpassungsprozeß; eine gewisse Marktbelebung wird nach internationalen Schätzungen frühestens Anfang bis Mitte der achtziger Jahre erwartet. Seit Beginn der Krise haben zahlreiche Schiffbauländer zusätzliche Maßnahmen ergriffen, um die Position ihrer Werften im Wettbewerb um die reduzierte Nachfrage zu verbessern. Angesichts ständig rückläufiger Auftragseingänge und -bestände haben die deutschen Werften die Beschäftigung schrittweise vermindert. Die Bewältigung des notwendigen Anpassungsprozesses im Schiffbau ist wie in anderen Branchen vorrangig Aufgabe der Unternehmen und ihrer Eigentümer.

Parallel zu der eingeleiteten Prüfung, wie der sektorale Anpassungsprozeß im Schiffbau regional flankiert werden kann (vgl. Ziffer 43 dieses Berichts), sollen die Bemühungen der Schiffbauindustrie, ihre Wettbewerbsfähigkeit unter den geänder-

ten Weltmarktverhältnissen zu verbessern, unterstützt werden. Um drohenden Beschäftigungseinbrüchen zu begegnen, ist neben mittel- und längerfristigen Anreizen zur Strukturanpassung eine schnell bereitzustellende Krisenhilfe zur Verbesserung der gegenwärtigen Situation vorgesehen. Das Bundeskabinett hat daher entschieden, den Werften bedingt rückzahlbare Auftragshilfen von durchschnittlich 10 % des Vertragspreises in den nächsten beiden Jahren und von 7,5 % in 1981 für technisch höherwertige Schiffe zu gewähren. An der Finanzierung der Hilfen beteiligten sich der Bund und die Länder, in denen Seeschiffe gebaut werden.

Für Schiffslieferungen in Entwicklungsländer werden weiterhin erhebliche öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt. Bereits im Frühjahr 1978 hatte die Bundesregierung beschlossen, das Werfthilfeprogramm in seiner derzeitigen Form bis 1983 fortzuführen und die erforderlichen Mittel bereitzustellen. Die Bundesregierung trägt ferner durch die Vergabe öffentlicher Aufträge — z. B. durch das Fregattenprogramm — dazu bei, Beschäftigungsprobleme zu mildern.

In internationalen Verhandlungen bei der OECD und der Europäischen Gemeinschaft wird die Bundesregierung ihre Bemühungen fortsetzen, eine ausgewogene Lösung für die Anpassungsprobleme in enger Kooperation aller Schiffbauländer zu erreichen.

46. In der *Luft- und Raumfahrtindustrie* wird das Jahr 1979 wichtige neue Entwicklungen bringen:

a) Durch den Beitritt der britischen Luftfahrtindustrie und der Regierung des Vereinigten Königreichs zum Europäischen Airbusprogramm vom 1. Januar 1979 an erhält das Programm eine breitere industrielle und finanzielle Basis. Das seit langem angestrebte Ziel, die wichtigsten zivilen Flugzeugprojekte in Europa aufeinander abzustimmen und möglichst gemeinsam durchzuführen, ist damit seiner Verwirklichung einen wesentlichen Schritt nähergekommen.

b) Der Ausbau des Airbusprogramms läuft mit der Entwicklung der neuen kleineren Airbusversion A 310 (ca. 200 Passagiere) 1979 voll an. Die Bundesregierung beabsichtigt, die Entwicklungsarbeiten der beteiligten deutschen Firmen durch erfolgsabhängig rückzahlbare Zuschüsse zu fördern.

c) Zur Anpassung an die stark gestiegene Nachfrage nach dem Airbus beabsichtigt die deutsche Luftfahrtindustrie, ihre Produktion in den kommenden Jahren kontinuierlich zu steigern. Die Bundesregierung erwartet allerdings von der Industrie, daß sie auf breiterer gemeinsamer Basis die dringend notwendigen Maßnahmen zur Kostensenkung realisiert. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, die Beschäftigung in der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie zu stabilisieren.

Energiepolitik

47. Die Bundesregierung hat mit der Zweiten Fortschreibung des Energieprogramms die Grundausrichtung ihrer Energiepolitik bestätigt. Schwerpunkt ist dabei ein umfassendes Programm zur rationellen und sparsamen Energieverwendung, die auch maßgeblich zum Schutz der Umwelt beiträgt, sowie die weitere Erhöhung der Sicherheit der Energieversorgung unter Beachtung der gesamtwirtschaftlichen Notwendigkeiten. Die langfristigen Risiken, besonders durch die absehbare Entwicklung an den Weltölmärkten, bestehen unverändert fort.

Der Großteil der in der Zweiten Fortschreibung des Energieprogramms angekündigten Maßnahmen ist inzwischen realisiert. In diesem Jahr hat die Energiepolitik auf der Grundlage der Zweiten Fortschreibung folgende Schwerpunkte:

a) Die zur rationellen und sparsamen Energieverwendung eingeleiteten Maßnahmen werden fortgesetzt. Dabei stehen im Mittelpunkt die weitere Durchführung des Programms zur Förderung heizenergiesparender Investitionen, die Verstärkung der Verbraucheraufklärung sowie die Energieeinsparung bei der öffentlichen Hand.

b) Für den Einsatz von jährlich 33 Mio t deutscher Steinkohle im Verstromungsbereich hat die Bundesregierung durch die Anpassung der Ausgleichsabgabe an den voraussichtlichen Finanzbedarf des Jahres 1979 die finanzielle Absicherung geschaffen. Die Bundesregierung erwartet von den Energieversorgungsunternehmen, daß der zur Sicherung des langfristigen Kohleeinsatzes erforderliche Neubau von Kraftwerken auf Steinkohlebasis weiter vorangeht. Zur Sicherung seiner auf die Zukunft gerichteten Investitionen und Forschungs- sowie Entwicklungsvorhaben erhält der Steinkohlenbergbau die 1978 für die Jahre bis 1981 beschlossenen zusätzlichen Hilfen von jährlich 582 Mio DM. Der Absatz der Kokskohle in der Eisen- und Stahlindustrie im Jahre 1979 hängt von der Konjunkturentwicklung in diesen Sektoren ab. Über die Höhe der Kokskohlenförderbeihilfe wird die Bundesregierung unter Berücksichtigung der 1979 bestehenden Preisrelationen zwischen deutscher und Drittlandskokskohle rechtzeitig entscheiden.

c) Die Bundesregierung hält fest an dem zur Dekkung des Kapazitätsbedarfs in den einzelnen Lastbereichen — insbesondere auch unter regionalen Aspekten — notwendigen Ausbau der Kernenergie. Dabei müssen die Sicherheit der Bevölkerung Vorrang haben und die Entsorgung hinreichend gewährleistet sein. Nach den Gesprächen mit dem Land Niedersachsen im Jahre 1978 geht die Bundesregierung davon aus, daß als erster konkreter Schritt zur Verwirklichung des Entsorgungszentrums Gorleben Anfang 1979 mit den Flachbohrungen begonnen wird. Die Bundesregierung erwartet ferner, daß in diesem Jahr mit den Bauarbeiten für das Zwischenlager Ahaus angefangen wird.

d) Die jüngste Entwicklung im Iran und die OPEC-Preisentscheidungen vom Dezember 1978 haben erneut die Risiken der hohen Importabhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland bei Mineralöl gezeigt. Die Bundesregierung wird ihre Bemühungen fortsetzen, durch Verminderung des Mineralölanteils die Energieversorgung sicherer zu gestalten. Dabei verkennt sie nicht, daß trotz großer Anstrengungen das Mineralöl noch auf lange Zeit der wichtigste Energieträger bleiben wird. Die Bundesregierung erwartet, daß die Mineralölwirtschaft weiterhin durch Diversifizierungen der Rohölbezugsquellen zur Verminderung der Versorgungsrisiken beiträgt. Die Strukturprobleme der europäischen Raffinerieindustrie sind trotz deutlicher Fortschritte noch nicht gelöst. Die Bundesregierung erwartet, daß der Anpassungsprozeß auch 1979 weiter vorankommt.

   Die der Krisenvorsorge dienende Bundesrohölreserve wird 1979 8 Mio t erreichen.

e) In der Energieforschung wird die Bundesregierung weiter verstärktes Gewicht auf die nichtnukleare Forschung, z. B. die Entwicklung neuer Kohletechnologien und alternativer Energiequellen, legen. Von der Europäischen Gemeinschaft sollen ein 2. Energieforschungsprogramm für die Jahre 1979 bis 1983 beschlossen und im Rahmen eines Demonstrationsprogramms die ersten Projekte aus dem Bereich der Energieeinsparung und der alternativen Energiequellen gefördert werden.

f) Weil die Energieversorgung für alle Volkswirtschaften von vorrangiger Bedeutung ist und weil fast alle Länder von den Weltmärkten abhängig sind, hat die Koordinierung der nationalen Energiepolitiken in der Europäischen Gemeinschaft und in den internationalen Organisationen besonderes Gewicht.

   In der Europäischen Gemeinschaft wird die Bundesregierung weiterhin darauf drängen, daß sich alle Mitgliedstaaten an den Lasten beteiligen, die mit der aus Sicherheitsgründen notwendigen Aufrechterhaltung der Kohleerzeugung in der Gemeinschaft verbunden sind.

   In der Internationalen Energieagentur (IEA) unterstützt die Bundesregierung die Bemühungen um einen langfristigen Ausbau des Weltenergiepotentials.

g) Die Bundesregierung setzt sich für einen Dialog mit den Ölförderländern und den Entwicklungsländern weiterhin ein, um die Funktionsfähigkeit der Weltenergiemärkte zu erhalten und zu erhöhen. Wie auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Bonn im Juli 1978 vereinbart, erarbeitet die Bundesregierung ein Programm für die Einführung von Technologien zur Nutzung regenerativer Energien in Entwicklungsländern. Die Bundesregierung hofft, daß möglichst alle Industrieländer derartige Programme aufstellen. Die Koordinierung dieser nationalen Programme in der OECD ist vorgesehen. Der Energierat der Europäischen Gemeinschaft hat im Oktober 1978 eine Rahmenkonzeption über die energiepolitische Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern, die sich in diese internationalen Bemühungen einfügen soll, beschlossen.

Regionale Strukturpolitik

48. Die regionale Strukturpolitik im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" wird 1979 folgende Schwerpunkte haben:

a) Bei der Fortschreibung des Rahmenplans für den Zeitraum 1979 bis 1982 sollen Ziele, Aufgaben und Probleme der regionalen Strukturpolitik im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang verdeutlicht werden.

b) Im Hinblick auf die für Ende 1980 vorgesehene Neuabgrenzung der Fördergebiete sollen die Vorarbeiten zur Überprüfung des Abgrenzungssystems abgeschlossen und die Erstellung der Datenbasis für die Abgrenzungskriterien in Angriff genommen werden.

c) Trotz der bestehenden Probleme sollen die Arbeiten an der Erfolgskontrolle zügig fortgeführt werden, um eine weitere Verbesserung und Ergänzung der bereits existierenden Verfahren zu erreichen.

d) Die Abstimmung zwischen allen raumwirksamen Politiken wird weiter verstärkt werden.

Das Zonenrandgebiet wird, wie bisher, auch in Zukunft bevorzugt gefördert. Die Förderung soll dazu beitragen, in diesem Raum die Folgen der Teilung Deutschlands zu überwinden und die Nachteile auszugleichen, die sich für das Zonenrandgebiet aus seiner peripheren Lage zu den Wirtschaftszentren der Europäischen Gemeinschaft ergeben.

Schwerpunkte der europäischen Regionalpolitik bestehen in diesem Jahr nach der Einigung im Rat der Europäischen Gemeinschaft über die Änderung der Fondsverordnung auf folgenden Gebieten:

a) Bei der Festlegung der Sonderprogramme nach der quotenfreien Abteilung des Regionalfonds muß darauf hingewirkt werden, daß diese Mittel in erster Linie für die regionale Flankierung von Branchenanpassungsprozessen eingesetzt werden.

b) Im Bereich der Infrastruktur sollen die zu fördernden Maßnahmen entsprechend dem regionalen Bedarf konkretisiert werden.

c) Nachdem die Regionalen Entwicklungsprogramme von allen Mitgliedstaaten vorgelegt und im Ausschuß für Regionalpolitik einer ersten Prüfung unterzogen wurden, geht es jetzt bei der Fortschreibung der Programme darum, die Aussagekraft und Vergleichbarkeit weiter zu verbessern.

d) Die Verwaltung der Regionalfondsmittel soll durch geeignete Durchführungsbestimmungen über die Abgrenzung förderungswürdiger Investitionen verbessert werden.

Wirtschaftsförderung Berlin

49. Die Bundesregierung wird 1979 der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Berlins durch zusätzliche Fördermaßnahmen weitere Impulse geben. Hierbei handelt es sich insbesondere um Projekte aus dem Forschungs- und Technologiebereich, um Vorhaben auf dem Film- und Museumssektor sowie um den gezielten Wohnungsbau vorwiegend für zuziehende Fachkräfte mit Kindern. Dadurch soll ergänzend zu den direkten Wirtschaftsfördermaßnahmen der Wohn- und Freizeitwert der Stadt erhöht werden. Bei diesen Maßnahmen, mit denen die Bundesregierung einen Teil der Vorschläge aus der Gemeinsamen Erklärung der Parteivorsitzenden zur Berlin-Politik vom 19. Juni 1978 aufgreift, handelt es sich überwiegend um längerfristig angelegte Vorhaben; der jährliche Förderbetrag wird in den kommenden Jahren ansteigen. Eine besondere Begünstigung Berlins ist auch in dem neuen Förderprogramm des Bundes, das Zuschüsse für Personalkosten im Forschungs- und Entwicklungsbereich vorsieht und 1979 in Kraft tritt, vorgesehen. Die Bundesregierung wird 1979 ihr Bemühen fortsetzen, weitere Vorschläge aus der Gemeinsamen Berlinerklärung zu verwirklichen; sie wird dabei auch weitere Anregungen zur Förderung der Berliner Wirtschaft prüfen.

Die verschiedenen Finanzierungsprogramme des ERP-Sondervermögens werden insbesondere im Bereich der Investitionsförderung verstärkt. Damit wird sichergestellt, daß die umfassende Förderung aller Bereiche der gewerblichen Wirtschaft Berlins auf hohem Niveau fortgeführt werden kann.

Innerdeutsche Wirtschaftsbeziehungen

50. Der innerdeutsche Handel befindet sich gegenwärtig in einer verhaltenen Wachstumsphase. Dabei haben sich die Lieferungen durchaus zufriedenstellend entwickelt, während die Warenbezüge 1978 stagnierten. Um die Expansion der Handelsströme wieder in eine gleichgewichtigere Entwicklung zu bringen, sind daher vor allem bei den Bezügen strukturelle Verbesserungen, insbesondere im Sortiments- und Qualitätsbereich, notwendig. Die Bundesregierung wird sich ihrerseits bemühen, den Handelsaustausch zwischen beiden deutschen Staaten durch eine Vereinfachung und Anpassung der Verfahrensvorschriften zu erleichtern. Die 1978 mit dieser Zielrichtung erstmals vorgenommenen mehrjährigen Ausschreibungen sollen daher unter anderem durch eine Straffung der bestehenden Durchführungsverordnungen ergänzt werden.

C. Stellungnahme [1]) der Bundesregierung zum Jahresgutachten 1978/79 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

I. Größere Zuversicht

51. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Rat) hat der Bundesregierung am 23. November 1978 sein Jahresgutachten 1978/79 übergeben. Der Rat wählte dafür den Titel „Wachstum und Währung". Die Bundesregierung dankt dem Rat für seine sorgfältige Analyse der Wirtschaftslage sowie die Beiträge zur Diskussion über die bestmögliche Lösung der aktuellen wirtschaftspolitischen Probleme. Dieser Dank gilt auch für das Sondergutachten vom 19. Juni 1978 „Zur wirtschaftlichen Lage im Juni 1978".

Bundesregierung und Sachverständigenrat stimmen darin überein, daß in der Weltwirtschaft und in der Binnenkonjunktur gegenwärtig expansive Einflüsse überwiegen, die im wesentlichen das Ergebnis einer auf Wachstumsförderung ausgerichteten Wirtschaftspolitik sind (Ziffern 228 ff., 240 ff. Jahresgutachten). Mit den steuer- und haushaltspolitischen Beschlüssen vom Herbst 1977 und 1978 wurde nach dem Urteil des Rates in der Bundesrepublik Deutschland bis an die Grenze dessen gegangen, was gegenwärtig zur Ankurbelung der Konjunktur möglich sei (Ziffer 266 JG). Die Bundesregierung unterstreicht diese Feststellung. Die deutsche Wirtschaftspolitik hat damit auch den Erwartungen der Partnerstaaten voll entsprochen.

Die Bundesregierung achtete bei der Auswahl der Maßnahmen auf eine Zusammensetzung, die sowohl der Anregung der Nachfrage als auch der nachhaltigen Verbesserung der Angebotsbedingungen dient. Bei ihren Entscheidungen ließ sie sich von der Überlegung leiten, daß in der gegenwärtigen Wirtschaftslage, die noch immer durch unterausgelastete Kapazitäten gekennzeichnet ist, eine erfolgreiche Wachstumspolitik sowohl der Anstoßwirkung zusätzlicher Nachfrage als auch einer auf Stärkung der endogenen Antriebskräfte zielenden dauerhaften Verbesserung der Wachstumsbedingungen bedarf. Der Rat stellt in diesem Zusammenhang zutreffend fest, daß es ein falsches Bild gibt, wenn Nachfragepolitik und Angebotspolitik als unvereinbare Gegensätze hingestellt werden (Ziffer 284 JG). Die Bundesregierung war von jeher dieser Ansicht. Sie registriert mit Befriedigung, daß nun auch der Rat in seinem jüngsten Gutachten klarstellt, die Wirtschaftspolitik müsse grundsätzlich beide Aspekte berücksichtigen. Ausrichtung und Gewichtung von Maßnahmen im Einzelfall müssen dabei von der jeweiligen wirtschaftlichen Lage bestimmt werden. Von zentraler Bedeutung für das Wachstumsklima ist allerdings ihre Einordnung in eine mittel- und langfristige Perspektive. Die Bundesregierung ist der Meinung, daß bei den beschlossenen Maßnahmen eine situationsgerechte Gewichtung gefunden wurde, die sich zugleich auch an den längerfristigen Erfordernissen orientiert. Dafür spricht die auch vom Rat konstatierte „bessere Grundstimmung" in der Wirtschaft (Ziffer 242 JG). Diese ist gleichzeitig ein Indiz für eine Stärkung des Vertrauens, zu der auch der eindrucksvolle Erfolg (Ziffer 371 JG) bei der Stabilisierung des Preisniveaus beiträgt.

Der Rat bewertet die zuversichtliche Einschätzung der konjunkturellen Entwicklung durch die Unternehmen als Beleg für eine Stärkung der endogenen Antriebskräfte (Ziffer 242 JG). Besonders ausgeprägte Tendenzen zu einem sich selbst tragenden nachhaltigen Wachstumsprozeß sind freilich noch nicht hinreichend gesichert. Deshalb kommt es jetzt vor allem darauf an, daß alle am Wirtschaftsprozeß Beteiligten im Bereich ihrer Verantwortung dazu beitragen, daß die Chancen für eine nachhaltige Belebung weiter gefestigt und nicht etwa zusätzliche Risiken geschaffen werden.

52. Der Finanzpolitik fällt aus der Sicht des Sachverständigenrates weiterhin die Aufgabe zu, die noch schwachen Antriebskräfte zu stützen (Ziffer 414 JG). Nach seiner Meinung reichen die beschlossenen haushalts- und steuerpolitischen Anregungsmaßnahmen dafür aus. Er erwartet, daß sie bis weit in das Jahr 1979 hinein die Erholung fördern und hebt ausdrücklich hervor, daß er einen weiteren Handlungsbedarf für die Konjunkturpolitik nicht sieht (Ziffer 375 JG). Die Bundesregierung ist der gleichen Ansicht. Der Rat schätzt nach seinem Konzept des konjunkturneutralen Haushalts den konjunkturellen Impuls, der 1979 von den Haushalten der Gebietskörperschaften voraussichtlich ausgehen wird, auf rd. 26 Mrd. DM; das sind 9 Mrd. DM mehr als 1978 und entspricht einer Größenordnung von rd. 2 % des Bruttosozialprodukts (Ziffer 417 JG).

Die Feststellungen des Rates zur mittelfristigen Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung sind ein nützlicher Beitrag für die Bewältigung dieser finanzpolitischen Aufgabe in den kommenden Jahren (Ziffer 304 ff. JG). Dem Sachverständigenrat ist darin zuzustimmen, daß die Lösung des Konsolidierungsproblems durch Abbau der öffentlichen Verschuldung besonderes Augenmaß — nicht nur vom Bund — verlangt: Weder darf der Staat durch Überkonsolidierung als Konjunkturbremse wirken,

[1]) Wie in den vorangegangenen Jahreswirtschaftsberichten nimmt die Bundesregierung nicht nur im Teil C., sondern auch in den anderen Teilen im Sachzusammenhang zum Jahresgutachten 1978/79 des Sachverständigenrates Stellung.

noch durch überhöhte Verschuldung endogene Wachstumsanstöße aus der Wirtschaft hemmen (Ziffer 378 JG). Die künftige Konsolidierungsstrategie wird deshalb flexibel angelegt sein müssen. Ausmaß und Tempo der Haushaltskonsolidierung werden von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung abhängig sein.

Eine dauerhafte Erhöhung der Nettokreditaufnahme des Staates bei nachhaltiger Belebung der Konjunktur und des Wachstums sieht der Sachverständigenrat mit Recht als problematisch an (Ziffer 313 ff. JG). Deshalb hat die Bundesregierung in der Ausrichtung ihrer mittelfristigen Finanzpolitik neben der Anhebung der Mehrwertsteuer vor allem maßvolle Ausgabesteigerungsraten zu einem schrittweise stetigen Abbau des Haushaltsdefizits in den nächsten Jahren vorgesehen. Wenn sich der Rat darüber hinaus zu einer weiteren Konsolidierung der staatlichen Verschuldung äußert, so muß dabei auch die unterschiedliche Haushaltssituation der Gebietskörperschaften berücksichtigt werden. Ein verstärkter mittelfristiger Abbau der vergleichsweise hohen Verschuldung des Bundes setzt eine entsprechende Verteilung der öffentlichen Finanzmasse voraus, die der seit 1974 im Vergleich zu den Ländern (einschließlich der Deckungsquote getretenen Verschlechterung der Deckungsquote (d. h. des Anteils der nicht kreditfinanzierten Ausgaben an den Gesamtausgaben) des Bundes Rechnung trägt.

53. Ausführlich würdigt der Rat die zahlreichen steuerlichen Entlastungsmaßnahmen der beiden vergangenen Jahre (Ziffer 173 ff. JG), die er unter nachfrage- und angebotspolitischen Aspekten positiv bewertet. Die eingehende und gegenüber früheren Gutachten differenziertere Analyse zur Höhe der Steuerbelastung (Ziffer 206 ff. JG) und zur Struktur der Besteuerung (Ziffer 319 ff. JG) bestätigen die Richtigkeit der von der Bundesregierung in den letzten Jahren verfolgten Politik der steuerlichen Entlastung und Umstrukturierung. Die — auch nach Ansicht des Rates — beachtlichen Erleichterungen bei der Einkommen- und Gewerbesteuer dienen neben der Förderung der wirtschaftlichen Dynamik zusammen mit der Anhebung der Umsatzsteuersätze dem vom Rat besonders hervorgehobenen Ziel, die Steuerstruktur in ein ausgewogeneres Verhältnis von direkten zu indirekten Steuern zu bringen. Insgesamt kann die Bundesregierung feststellen, daß in der Beurteilung der Steuerpolitik mit dem Rat ein hohes Maß an Übereinstimmung besteht. Die Steuervereinfachung bleibt weiterhin ein wichtiges mittelfristiges Ziel der Steuerpolitik, das freilich nur Schritt für Schritt erreicht werden kann.

II. Verbesserung der Wachstumsbedingungen als permanente Aufgabe

54. Nach Ansicht des Rates sind die Rahmenbedingungen für das wirtschaftliche Wachstum seit der Rezession von 1975 allmählich günstiger geworden (Ziffer 270 JG). Unsicher ist es für ihn, ob die bisher eingetretenen Verbesserungen bereits eine tragfähige Basis für einen für das Jahr 1979 hinausreichenden Erholungsprozeß bilden. Die Wirtschaftspolitik dürfe daher nicht davon ablassen, die Grundvoraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum weiter zu verbessern (Ziffern 270 f., 375 JG). Dieser Feststellung stimmt die Bundesregierung zu. Sie sieht es als eine permanente Aufgabe an, die ökonomischen Rahmenbedingungen wachstumsfreundlicher zu gestalten; denn von ihnen hängt es weitgehend ab, in welchem Ausmaß und wie nachhaltig staatliche und private Wachstumsimpulse von der Wirtschaft aufgenommen und weitergetragen werden.

55. Der Staat kann hierzu aus der Sicht des Rates auch im Rahmen steuerlicher Maßnahmen und durch entsprechende Ausgabenumstrukturierungen in den öffentlichen Haushalten beitragen (Ziffer 379 JG). Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren eine Reihe steuerpolitischer Maßnahmen initiiert, die eine Stärkung der Wachstumskräfte bewirken. Sie hat sich darüber hinaus bemüht, den zukunftsgerichteten Ausgaben im Bundeshaushalt eine besondere Priorität einzuräumen. Dies gilt sowohl für das Programm für Zukunftsinvestitionen als auch für die Beschlüsse vom Sommer 1978. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang auch die deutliche Steigerung der Ausgaben zur Förderung von Forschung und Entwicklung sowie von neuen Technologien und Innovationen. Daneben hält die Bundesregierung sozial- und familienpolitisch motivierte öffentliche Ausgaben für zukunftsgerichtet und im Hinblick auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die gesellschaftliche Entwicklung für notwendig. Die finanziellen Möglichkeiten für weitere Maßnahmen sind allerdings auf absehbare Zeit ausgeschöpft.

56. Der Rat betont die große Bedeutung der Marktpolitik für eine auf Wachstum und Stabilität ausgerichtete Wirtschaftspolitik. Er spricht sich dabei für wirksamere Bestimmungen gegen die Vermachtung der Märkte aus sowie für Maßnahmen, durch die unternehmerisches Streben nach neuen Produkten, Problemlösungen und Verfahren attraktiver gemacht werden soll (Ziffer 424 JG).

Bei der Beurteilung der wettbewerbspolitischen Lage und den daraus abzuleitenden wirtschaftspolitischen Konsequenzen zeigt das Jahresgutachten eine weitgehende Übereinstimmung zwischen Rat und Bundesregierung. So ist die Feststellung des Rates, der Wettbewerb auf dem Binnenmarkt habe in den letzten Jahren an Schärfe und Intensität zugenommen (Ziffer 430 JG), sicherlich für viele Wirtschaftszweige zutreffend. Nicht immer ist dieser Prozeß nach den Erfordernissen des Leistungswettbewerbs verlaufen. Die Bundesregierung ist daher mit dem Rat der Auffassung, daß auch und gerade unter den Bedingungen eines verschärften Wettbewerbs Ausbau und Fortentwicklung des geltenden wettbewerbspolitischen Instrumentariums zentrale Aufgaben der Wirtschaftspolitik sein müssen. Die von ihr vorgeschlagene 4. Novellierung des Geset-

zes gegen Wettbewerbsbeschränkungen entspricht dieser Grundlinie.

Der Rat weist zu Recht darauf hin, daß staatliche Subventionen an notleidende Unternehmen zur Verfestigung von Marktstrukturen beitragen können (Ziffer 442 JG). Die Bundesregierung hat stets auf die Nachteile strukturkonservierender Maßnahmen, sei es durch Erhaltungssubventionen, sei es durch privatwirtschaftliche Wettbewerbsbeschränkungen, hingewiesen. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß auch unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten mit derartigen Maßnahmen allenfalls eine vorübergehende Erhaltung von Arbeitsplätzen zu erreichen ist. Strukturkrisenkartelle sind daher auch nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen ausnahmsweise nur dann zulässig, wenn die beteiligten Unternehmen sich im Falle eines strukturell bedingten nachhaltigen Nachfragerückgangs zu einem planmäßigen, auf Dauer angelegten Abbau bestehender Überkapazitäten verpflichten und somit eine echte privatwirtschaftliche Strukturbereinigung anstreben.

57. Im Rahmen einer „offensiven" Marktpolitik mißt der Rat insbesondere einer ausreichenden Eigenkapitalausstattung der Unternehmen (Ziffer 380 JG), der Förderung von Unternehmensneugründungen (Ziffer 435 JG), der Unterstützung der Forschungstätigkeit in kleinen und mittleren Unternehmen (Ziffer 437 JG) und dem Ausbau des Beratungswesens für diese Unternehmen (Ziffer 435 JG) wesentliche Bedeutung zu.

Die Bundesregierung sieht wie der Rat die Notwendigkeit einer langfristig ausreichenden Eigenkapitalausstattung der Unternehmen. Angesichts des Rückgangs der Eigenkapitalquote und der spürbar gestiegenen Investitionsrisiken betrachtet es die Bundesregierung als eine wirtschaftspolitische Daueraufgabe von hohem Rang, dazu beizutragen, daß Ersparnisse der privaten Haushalte in Zukunft in stärkerem Maße in haftendem Kapitel der Unternehmen angelegt werden. Mit der Körperschaftsteuerreform zum 1. Januar 1977 ist dieser Weg bereits beschritten worden. Außerdem hat die Bundesregierung mit der Gründung der Wagnisfinanzierungsgesellschaft und mit der Aufstockung des ERP-Existenzgründungsprogramms in den letzten Jahren weitere Akzente gesetzt. Sie entwickelt zur Zeit ein zusätzliches Eigenkapitalhilfe-Programm (vgl. Ziffer 36 dieses Berichts).

Die Bundesregierung stimmt der Feststellung des Rates zu, daß auch der Förderung der Forschungs- und Entwicklungstätigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen große wettbewerbs- und marktpolitische Bedeutung zukommt. Deshalb werden 1979 die auf eine Stärkung des Innovationspotentials kleiner und mittlerer Unternehmen gerichteten Maßnahmen verbessert und weiter ausgebaut (vgl. Ziffer 36 dieses Berichts). Mit der Gewährung von Zuschüssen zu den Personalaufwendungen für Forschung und Entwicklung folgt die Bundesregierung früheren Empfehlungen des Rates (Ziffer 452 des JG 1977/78) und Anregungen anderer sachverständiger Gremien.

Die Bundesregierung begrüßt es, daß auch Bundesländer in zunehmendem Umfang eigene Programme zur Förderung von Forschung und Entwicklung in kleinen und mittleren Unternehmen durchführen. Es muß dabei allerdings darauf geachtet werden, daß kein Wettlauf um die Gewährung möglichst günstiger Förderbedingungen entsteht. Außerdem ist es wichtig, daß die verbesserten Fördermöglichkeiten allen Forschung und Entwicklung treibenden Unternehmen bekannt sind und daß — insbesondere von den kleineren Unternehmen — die mit der Förderung verbundenen Verwaltungsverfahren nicht als erhebliches Hindernis angesehen werden. Der Ausbau der Technologieberatung und die Vereinfachung der Förderverfahren sollen diesen Erfordernissen dienen.

58. Zu Recht hält es der Rat für eine wichtige Aufgabe „offensiver" Marktpolitik, den deutschen Unternehmen die internationalen Märkte offenzuhalten (Ziffer 440 JG) und gleichzeitig ausländischen Firmen freien Zugang zu den Märkten der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten (Ziffer 463 JG). Die Bundesregierung sieht wie der Rat mit Sorge die weltweit zunehmende Tendenz, protektionistische „Lösungen" für binnenwirtschaftliche Probleme zu suchen. Sie hält insbesondere einen erfolgreichen Abschluß der multilateralen Handelsverhandlungen für ein wichtiges Mittel, diesen Tendenzen entgegenzuwirken und dem freien Welthandel sowie dem weltwirtschaftlichen Erholungsprozeß neue Impulse zu verleihen. Sie setzt sich deshalb innerhalb der Europäischen Gemeinschaft entschieden dafür ein, durch notwendige und angemessene Konzessionen im Hinblick auf eine weitere Öffnung der Märkte die GATT-Runde erfolgreich zum Abschluß zu bringen.

59. Die Verbesserung der Wachstumsbedingungen wird nicht zuletzt auch von den Entscheidungen der Tarifvertragsparteien bestimmt. Die Bundesregierung teilt die Auffassung des Rates, daß die Lohnabschlüsse des Jahres 1978 anscheinend weithin als situationsgerecht gewertet oder hingenommen werden (Ziffer 384 JG). Darin sieht auch die Bundesregierung ein Element der Vertrauensstabilisierung, das weiter ausgebaut werden muß. Zutreffend ist auch die Feststellung des Rates, daß die Angebotsbedingungen von den Ertrags-Kosten-Relationen her verbessert werden konnten (Ziffer 384 JG). Die Bundesregierung hofft, daß die Tarifparteien bei den Abschlüssen der gegenwärtigen Lohnrunde der wirtschaftlichen Erholung durch ihre Dispositionen eine breite Fundierung geben.

Um die jetzt gegebene Chance für eine dauerhafte Verbesserung der Investitionstätigkeit und der Beschäftigung nicht zu gefährden, spricht sich der Rat für eine Fortsetzung der Lohnpolitik der kleinen Schritte in Richtung auf eine allmähliche Korrektur des Kostenniveaus aus (Ziffer 390 JG). Die Bundesregierung begrüßt, daß der Rat nunmehr ebenfalls der Ansicht ist, Veränderungen der Ertrags-Kostenrelation seien nicht in einem großen Schritt, sondern nur in kleinen Etappen zu erreichen, zumal

die Kostenbelastung außer von tarifpolitischen Entscheidungen und der Kapazitätsauslastung der Wirtschaft auch von der Preis- und Wechselkursentwicklung berührt wird. Die Frage längere Tariflaufzeiten mit etwaigen Revisionsklauseln bedarf weiterer Überlegungen.

Im Minderheitsvotum zur Lohnpolitik wird zu Recht auf den Zusammenhang zwischen der Qualität der Arbeitsbedingungen und den Lohnforderungen hingewiesen (Ziffer 488 ff. JG).

III. Zur Strategie einer forcierten Arbeitszeitverkürzung

60. Eine Strategie der forcierten Arbeitszeitverkürzung hält der Rat zur Lösung der Beschäftigungsprobleme nicht für geeignet (Ziffer 468 ff. JG). In eine Alternativrechnung für das Jahr 1979, in der er von einer zusätzlichen Arbeitszeitverkürzung von 1,5 %, also insgesamt 2 %, ausgeht, kommt er zu dem Ergebnis, daß die quantitativen Auswirkungen auf die Beschäftigtenzahlen nur sehr begrenzt sind. Er geht dabei von der Hypothese aus, daß eine zusätzliche Arbeitszeitverkürzung auf die Lohnerhöhungen angerechnet und damit kostenniveauneutral vorgenommen wird. Der Rat führt in diesem Zusammenhang eine Reihe von Gründen auf, die seiner Meinung nach die theoretisch möglichen positiven Beschäftigungseffekte einer Arbeitszeitverkürzung dämpfen. Er vertritt dabei auch die Auffassung, daß sich durch eine forcierte Arbeitszeitverkürzung das von den Arbeitgebern nachgefragte Arbeitsvolumen verringern kann, und zwar selbst bei Kostenniveauneutralität. Der Rat weist insbesondere auf die hohen volkswirtschaftlichen Kosten und die Risiken solcher Schritte hin. Er betont, daß der Verzicht auf mögliches Einkommen und Wachstum der Preis für Arbeitszeitverkürzung ist (Ziffer 477 JG).

Nach Auffassung der Bundesregierung kommt es bei allen Überlegungen zur Arbeitszeitverkürzung entscheidend darauf an, daß die hierdurch ausgelösten Anpassungsvorgänge die gesamtwirtschaftlich wünschenswerten zusätzlichen Beschäftigungseffekte nicht negativ tangieren. Die Bundesregierung hält es für möglich, daß behutsame und den Branchenbesonderheiten sowie der Struktur des Arbeitsmarktes Rechnung tragende Arbeitszeitverkürzungen flankierend einen Beitrag auch zur Lösung der Arbeitsmarktprobleme leisten können. Es ist dabei Sache der Tarifvertragsparteien, einen Ausgleich zu finden zwischen den Erwartungen der Arbeitnehmer auf höhere Realeinkommen, mehr Freizeit und bessere Arbeitsbedingungen einerseits und dem, was für die Betriebe unter ökonomischen und technologischen Gegebenheiten vertretbar erscheint. Die Tarifvertragsparteien sind am ehesten in der Lage, Auswirkungen auf die Beschäftigung und gegebenenfalls auf die Reallöhne zu berücksichtigen sowie Branchenbesonderheiten Rechnung zu tragen.

IV. Europäisches Währungssystem

61. Der Rat erkennt die Motive der Bundesregierung für die vorgesehene Schaffung eines Europäischen Währungssystems (EWS) an, vor allem den Wunsch nach einer Verbesserung der währungspolitischen Voraussetzungen für mehr Stabilität und Wachstum in Europa. Allerdings weist er darauf hin, daß diese neue währungspolitische Initiative in der Gemeinschaft Chancen und Risiken in sich birgt (Ziffern 346 f. JG). Die Bundesregierung teilt diese Auffassung. Sie ist jedoch der Meinung, daß mögliche Risiken des geplanten europäischen Währungszusammenschlusses für die Stabilitätspolitik durch die von deutscher Seite wesentlich beeinflußte Ausgestaltung des Systems (insbesondere symmetrische Interventionsverpflichtungen, limitiertes Kreditsystem) begrenzt worden sind. Die Bundesregierung teilt nicht die Befürchtung des Rates, daß die geldpolitische Verantwortung der Deutschen Bundesbank durch das EWS ausgehöhlt wird (Ziffer 358 JG). Hinsichtlich der Sorge des Rates über eine Verzögerung oder Behinderung notwendiger Wechselkursanpassungen verweist die Bundesregierung auf die einhellige Meinung aller Partner, daß notwendige Wechselkursänderungen rechtzeitig und geräuschlos vorzunehmen sind.

Der Feststellung des Rates, daß von den internationalen Inflationsunterschieden her derzeit die Ausgangssituation für einen neuen währungspolitischen Anlauf in der Gemeinschaft ungünstiger sei als zu Beginn der 70er Jahre (Ziffer 365 JG), ist entgegenzuhalten, daß inzwischen bei allen Partnern die Bereitschaft zu stabilitätsgerechtem Verhalten deutlich gewachsen ist und dadurch die Voraussetzungen für eine Harmonisierung der Wirtschaftspolitiken besser geworden sind. Das vorgesehene Europäische Währungssystem macht es allerdings dringend notwendig, die Harmonisierungsbemühungen in Richtung auf eine größere Geldwertstabilität in allen Ländern und auf Gemeinschaftsebene zu intensivieren.

Es ist nach Auffassung der Bundesregierung nicht begründet, die Schaffung des EWS auch als Folge einer eventuellen Verringerung der Leitwährungsfunktion des US-Dollars zu interpretieren. Die Bundesregierung beurteilt die künftige Rolle des US-Dollars als Leitwährung nicht so pessimistisch wie der Rat (Ziffer 338 ff. JG). Mit dem Anti-Inflationsprogramm vom 24. Oktober 1978 und den Maßnahmen zur Stabilisierung des Dollars vom 1. November 1978 hat die amerikanische Regierung gezeigt, daß sie die Verantwortung für eine realistische Bewertung des Dollars ernst nimmt. Dadurch wird sicher auch das spannungsfreie Funktionieren eines Systems stabilerer Wechselkurse in Europa erleichtert.

Anlage I

A. Rückblick auf die Jahresprojektion 1978 [1]) sowie die tatsächlich eingetretene Entwicklung

1. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung verlief im Jahre 1978 nicht ohne Überraschungen. Nach der kräftigen konjunkturellen Erholung im 4. Quartal 1977 kam es zu Jahresbeginn 1978 zu einer erheblichen Verschlechterung des Konjunkturbildes. Das reale Bruttosozialprodukt nahm im 1. Quartal saisonbereinigt nicht weiter zu, und die in die Zukunft weisenden Indikatoren gaben wenig Hinweise auf eine baldige Verbesserung. Unter dem Eindruck dieser Entwicklung kamen die meisten Vorausschätzungen im Frühjahr zu dem Ergebnis, daß das reale Wirtschaftswachstum im Jahresdurchschnitt 1978 nur etwa 2 1/2 % erreichen und damit beträchtlich hinter den Ansätzen der Jahresprojektion zurückbleiben würde.

Im Rückblick wird jedoch deutlich, daß die Verschlechterung im 1. Quartal wohl vorwiegend auf Sondereinflüsse — insbesondere Währungsunruhen, tarifpolitische Auseinandersetzungen, schlechte Witterung — zurückzuführen war. Jedenfalls verlief die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den restlichen drei Quartalen erheblich günstiger, als es aus der Sicht des Frühjahres wahrscheinlich schien. Nach ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes entsprach der reale Anstieg des Bruttosozialprodukts im Jahresdurchschnitt 1978 mit 3,4 % trotz des ungünstigen Verlaufs im 1. Vierteljahr etwa dem im Jahreswirtschaftsbericht genannten Wachstumsziel von rd. 3 1/2 %. Das reale Bruttoinlandsprodukt stieg allerdings mit 3,1 % etwas schwächer [2]). Die Erwerbstätigenzahl ging erwartungsgemäß erstmals seit vier Jahren nicht weiter zurück, sondern nahm leicht zu. Aufgrund des Rückgangs der Arbeitslosenzahl um im Jahresdurchschnitt fast 40 000 auf etwas unter 1 Mio sank die Arbeitslosenquote auf 4,3 % [3]) (Jahresprojektion: knapp 4 1/2 %). Unter Berücksichtigung der in hohem Maße erfolgten Eingliederung der geburtenstarken Jahrgänge ins Erwerbsleben kann diese Entwicklung des Jahres 1978 arbeitsmarktpolitisch positiv bewertet werden.

Der Rückgang der Gesamtarbeitslosenzahlen war allerdings u. a. verbunden mit einer anhaltend hohen Zahl der längerfristig Arbeitslosen (Ende September 1978 waren 175 502 Personen länger als ein Jahr arbeitslos), die auch künftig besondere arbeitsmarktpolitische Anstrengungen erfordern.

Im übrigen darf nicht übersehen werden, daß sich hinter den Gesamtzahlen eine sehr differenzierte Struktur des Arbeitsmarktes verbirgt: So suchten von den 992 948 Personen, die im Jahresdurchschnitt 1978 arbeitslos gemeldet waren, 187 314 (davon 185 046) Frauen nur eine Teilarbeitszeit. Neben beträchtlichen Unterschieden auf regionalen, sektoralen und berufsspezifischen Teilmärkten entwickelten sich 1978 insbesondere die Arbeitsmärkte für Männer und Frauen unterschiedlich. Während die Zahl der männlichen Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt von 1977 auf 1978 um rd. 29 000 zurückging (3,7 % auf 3,4 %), verminderte sich die Zahl der weiblichen Arbeitslosen nur um rd. 8 000 (6,0 % auf 5,8 %). Der Rückgang der Arbeitslosigkeit bei Frauen betraf ausschließlich die Vollzeitarbeitslosen;

[1]) Jahreswirtschaftsbericht 1978 der Bundesregierung (Drucksache 8/1471)

[2]) Der stärkere Anstieg des Bruttosozialprodukts im Jahr 1978 ist darauf zurückzuführen, daß 1977 im Zusammenhang mit der Körperschaftsteuerreform außergewöhnlich hohe Gewinntransferzahlungen inländischer Unternehmen an ihre ausländischen Muttergesellschaften diese Einkommensgröße verringert hatten. Daher fiel 1977 der Anstieg des Bruttosozialprodukts umgekehrt entsprechend niedriger aus als der des Bruttoinlandsprodukts.

[3]) Bezogen auf die unselbständigen Erwerbspersonen.

Ausgewählte Arbeitsmarktdaten

1973 bis 1978

Jahr	Vermittlungen [1])	Arbeitslose [2])			Vollzeitarbeitslose [2])			Teilzeitarbeitslose [2])		Offene Stellen [2])	Leistungsempfänger [2])
		insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Frauen		
1973	2 652 782	273 498	149 943	123 555	206 400	149 000	77 400	47 100	46 100	572 039	176 426
1974	2 238 501	582 481	324 685	257 796	488 700	323 500	165 200	93 800	92 600	315 375	391 776
1975	2 126 691	1 074 217	622 627	451 590	919 200	621 100	298 100	155 000	153 500	236 174	816 855
1976	2 327 226	1 060 336	566 511	493 825	888 000	564 900	323 100	172 300	170 700	234 997	779 828
1977	2 289 898	1 029 995	518 054	511 941	843 181	515 985	327 196	186 814	184 744	231 227	720 661
1978	2 137 777	992 948	488 832	504 116	805 634	486 564	319 070	187 314	185 046	245 555	673 383

[1]) Jahressummen
[2]) Jahresdurchschnitte

die Zahl der teilzeitarbeitslosen Frauen änderte sich dagegen kaum. Im übrigen muß beachtet werden, daß von den Arbeitslosen im Jahre 1978 nur knapp 68 % Leistungsempfänger (Arbeitslosengeld/Arbeitslosenhilfe) waren. Dies erklärt sich u. a. daraus, daß erstmals ins Erwerbsleben eintretende Personen, aber auch die aus einer selbständigen Tätigkeit in ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis wechselnden Personen regelmäßig noch keinen Leistungsanspruch in der Arbeitslosenversicherung begründet haben. Nach der Strukturuntersuchung der Bundesanstalt für Arbeit von Ende September 1978 befanden sich unter den damals insgesamt 864 243 Arbeitslosen 66 335 ohne bisherige Erwerbstätigkeit, 25 220, die ihre Berufstätigkeit für drei Jahre und länger unterbrochen hatten und 11 147, die vor der Arbeitslosenmeldung nicht abhängig beschäftigt gewesen waren. Ferner führt der hohe Anteil der Frauen an der Gesamtarbeitslosenzahl dazu, daß in vielen Fällen nach der Ausschöpfung des Arbeitslosengeldanspruchs dieser Personenkreis wegen der Berücksichtigung des Einkommens des Ehemannes (in 60 % der Haushalte der Arbeitslosen gab es mindestens einen weiteren Einkommensbezieher) keinen Anspruch auf Arbeitslosenhilfe geltend machen kann.

2. Deutliche Erfolge konnten 1978 bei der Stabilisierung des Verbraucherpreisniveaus erreicht werden. Obwohl der Mehrwertsteuersatz zu Jahresbeginn erhöht worden war, nahm die Verbraucherpreisrate im Jahresdurchschnitt 1978 von 3,9 % im Jahr zuvor auf 2,6 % und damit erheblich stärker ab, als dies im Jahreswirtschaftsbericht erwartet wurde (Jahresprojektion: + rd. 3½ %). Zum Teil ist diese erhebliche Verringerung des Preisanstiegs allerdings auf außerordentlich günstige Einflüsse zurückzuführen, die nicht von Dauer sind, nämlich auf rückläufige Einfuhrpreise sowie eine außergewöhnlich gute Ernte; preisdämpfend haben auch die im Vergleich zu früheren Jahren schwächeren Anhebungen der den EG-Marktordnungen unterliegenden Agrarpreise gewirkt.

Dagegen stieg das Preisniveau des Bruttosozialprodukts 1978 mit fast 4 % sogar stärker als unterstellt (Jahresprojektion: + rd. 3½ %) an. Das deutliche Auseinanderklaffen in der Entwicklung von Inlandspreisen einerseits und des gesamtwirtschaftlichen Deflationierungsfaktors andererseits ist die Folge der 1978 eingetretenen starken Verbesserung der sogenannten Terms of Trade, d. h. des Verhältnisses von Ausfuhr- zu Einfuhrpreisen: Während

Internationaler Vergleich der Verbraucherpreisentwicklung

Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum

in %

	Ø 1960/1970	1975	1976	1977	1978	1978						
						1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr	4. Vierteljahr	Oktober	November	Dezember
Bundesrepublik Deutschland [1])	+2,5	+ 6,0	+ 4,5	+ 3,9	+2,6	+ 3,1	+ 2,7	+ 2,4	+2,2	+ 2,1	+ 2,3	+2,4
Belgien	+3,0	+12,8	+ 9,2	+ 7,1	+4,5	+ 5,7	+ 4,4	+ 4,0	+3,9	+ 3,9	+ 3,8	+3,9
Dänemark	+5,6	+ 9,6	+ 9,0	+11,1		+12,7	+10,9	+ 9,5		+ 7,4	+ 7,1	
Frankreich	+4,1	+11,8	+ 9,6	+ 9,4		+ 9,2	+ 9,0	+ 9,3		+ 9,3	+ 9,5	
Großbritannien	+4,1	+24,2	+16,6	+15,8	+8,3	+ 9,5	+ 7,7	+ 7,9	+8,1	+ 7,8	+ 8,1	+8,4
Irland	+4,6	+20,9	+18,0	+13,6		+ 8,2	+ 6,2	+ 8,2				
Italien	+4,0	+17,0	+16,8	+17,0		+12,9	+12,1	+11,9		+11,5	+11,6	
Luxemburg	+2,6	+10,7	+ 9,8	+ 6,7	+3,1	+ 3,4	+ 2,9	+ 2,8	+3,3	+ 3,3	+ 3,2	+3,4
Niederlande	+4,3	+ 9,9	+ 8,9	+ 6,8		+ 4,8	+ 4,0	+ 4,2		+ 4,1	+ 3,9	
Norwegen	+4,5	+11,7	+ 9,1	+ 9,1		+ 9,0	+ 7,8	+ 7,7		+ 8,0	+ 8,2	
Österreich	+3,6	+ 8,4	+ 7,3	+ 5,5	+3,6	+ 3,9	+ 3,7	+ 3,3	+3,5	+ 3,1	+ 3,7	+3,7
Portugal	+4,5	+15,2	+21,2	+23,9		+ 8,9	+ 8,0	+16,4				
Schweden	+4,0	+ 9,8	+10,3	+11,4		+13,6	+10,9	+ 8,2		+ 7,8	+ 7,4	
Schweiz	+3,3	+ 6,7	+ 1,7	+ 1,3	+1,1	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,1	+0,6	+ 0,4	+ 0,7	+0,7
Japan	+5,7	+11,8	+ 9,3	+ 8,1		+ 4,3	+ 3,6	+ 4,1		+ 3,8	+ 3,4	
Kanada	+2,7	+10,8	+ 7,5	+ 8,0		+ 8,8	+ 8,9	+ 9,3		+ 8,7	+ 8,9	
USA	+2,7	+ 9,1	+ 5,8	+ 6,5	+7,7	+ 6,6	+ 7,0	+ 8,0	+9,0	+ 8,9	+ 9,0	+9,0

Quelle: Statistisches Bundesamt und andere amtliche Stellen

[1]) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte

die Preise der Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen 1978 um rd. 1 % zunahmen, gingen die Einfuhrpreise gleichzeitig um rd. 2½ % zurück.

3. Nominal lag die Zunahme des Bruttosozialprodukts mit knapp 7½ % an der Obergrenze der im Jahreswirtschaftsbericht genannten Spannweite von 6½ bis 7½ %. Bei der inländischen Verwendung des Sozialprodukts, die 1978 insgesamt um 7 % zunahm (Jahresprojektion: + 6½ bis 7½ %) entsprach der nominale Anstieg des Privaten Verbrauchs und des Staatsverbrauchs mit jeweils 6½ % (Jahresprojektion: jeweils + 6½ bis 7½ %) in etwa den Erwartungen, während die Anlageinvestitionen mit + 11 % (Jahresprojektion: + 8 bis 9 %) — insbesondere wegen der expansiveren Entwicklung der Investitionen des Staates und der Unternehmen — stärker wuchsen, als es im Jahreswirtschaftsbericht unterstellt worden war.

Ausgeblieben ist dagegen 1978 der vom Lageraufbau erwartete leichte expansive Impuls; die Vorratsveränderung wirkte im Gegenteil sogar kontraktiv. Auch die angestrebte weitere Verringerung des nominalen Außenbeitrags trat nicht ein. Dies ist im wesentlichen auf die unerwartet deutliche Höherbewertung der DM zurückzuführen. Wegen des dadurch eingetretenen Rückgangs der Einfuhrpreise in nationaler Währung nahm der nominale Außenbeitrag, der seit 1975 stetig zurückgegangen war, 1978 wieder (auf 35 Mrd. DM) zu. Im Gegensatz dazu nahm der reale Außenbeitrag 1978 sogar noch stärker ab, als es in der Jahresprojektion unterstellt worden war; dies war auf einen über die Erwartungen hinausgegangenen Anstieg der realen Einfuhren zurückzuführen.

4. Wie die Gesamtentwicklung des Sozialprodukts hielt sich 1978 auch die Einkommensverteilung etwa im Rahmen der Jahresprojektion, wobei der Anstieg des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit mit 6 % — wegen der etwas günstigeren Entwicklung der Beschäftigtenzahl — geringfügig über der projektierten Entwicklung (Jahresprojektion: + gut 5½ %) und die Zunahme der Unternehmens- und Vermögenseinkommen (einschließlich der Zins-, Miet- und Pachteinnahmen von Arbeitnehmern und Rentnern) mit rd. 10½ % in der oberen Hälfte der projektierten Spanne von 9 bis 11 % lag. Entsprechend den Annahmen der Jahresprojektion ging damit die von Veränderungen in der Beschäftigungsstruktur bereinigte Lohnquote von 70½ % im Vorjahr auf gut 69 % zurück. Der Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter je beschäftigten Arbeitnehmer entsprach mit 5½ % ebenfalls der projektierten Entwicklung. Die Nettoreallöhne je beschäftigten Arbeitnehmer nahmen dagegen wegen der unerwartet deutlichen Verlangsamung des Verbraucherpreisanstiegs mit 3½ % stärker als unterstellt zu.

5. Die Ausgaben des öffentlichen Sektors nahmen 1978 um 7 % und damit im Rahmen der im Jahreswirtschaftsbericht projektierten Marge von 6½ bis 7½ % zu. Die öffentlichen Einnahmen wuchsen dagegen mit 6 % wiederum deutlich kräftiger, als zu Jahresbeginn insbesondere aufgrund der damaligen Steuerschätzung erwartet worden war (+ 3½ bis 4½ %). Damit fiel das Finanzierungsdefizit mit knapp 37 Mrd. DM abermals weit geringer aus, als es in der Jahresprojektion für 1978 angenommen worden war (50 bis 55 Mrd. DM). Allerdings war auch das vergleichbare Defizit des Jahres 1977 nach Vorliegen der endgültigen Jahresabschlüsse vor allem der Gebietskörperschaften um 4 Mrd. DM nach unten korrigiert worden. Der expansive Swing des Finanzierungsdefizits des öffentlichen Sektors betrug 1978 daher letztlich nur 6 Mrd. DM anstatt 15½ bis 20 Mrd. DM, wie ursprünglich projektiert worden war. Gleichwohl hatte sich die gesamtwirtschaftliche Aktivität bereits vor der Jahresmitte 1978 wieder belebt. Im Jahresverlauf 1978 wirkten die steuerlichen Entlastungen sowie die kräftigen Auftragsvergaben aus dem Programm für Zukunftsinvestitionen zusammen mit anderen Faktoren als nachfrage- und wachstumsstützender Beitrag des Staates für die Beschleunigung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität; darüber hinaus mag die frühzeitige Ankündigung neuer Steuererleichterungen ab 1979 dazu beigetragen haben, die konjunkturellen Rahmenbedingungen bereits 1978 weiter zu verbessern.

Zwar stimmten 1978 die erwartete und tatsächliche Zuwachsrate der öffentlichen Ausgaben insgesamt überein, doch ergaben sich in den Einzelpositionen Abweichungen. Der Staatsverbrauch blieb mit einem Anstieg von 6½ % an der Untergrenze der projektierten Marge. Dabei sind sowohl die Personalausgaben als auch die laufenden staatlichen Sachkäufe etwas schwächer gestiegen, als nach den Haushaltsansätzen erwartet worden war. Die Einkommens- und Vermögensübertragungen des Staates wuchsen dagegen 1978 mit 6½ % wie vorgesehen (6 bis 7 %). Während sich dabei die Einkommensübertragungen — u. a. wegen der verlangsamten Zunahme der Renten — sehr verhalten entwickelten, ergab sich bei den Vermögensübertragungen — insbesondere aufgrund der Auswirkungen des Programms für Zukunftsinvestitionen — ein starker Anstieg. Auch die staatlichen Investitionen nahmen — vor allem wegen der konzentrierten Auftragsvergaben im Rahmen des Programms für Zukunftsinvestitionen — mit 14 % sehr kräftig zu. Der Zuwachs lag somit weit über der zu Jahresbeginn projektierten Marge von 9 bis 11 %. Nachdem die öffentlichen Investitionen real seit 1975 rückläufig waren, war 1978 erstmals wieder mit 8 % ein deutlicher realer Anstieg zu verzeichnen.

Der unerwartet starke Zuwachs der öffentlichen Einnahmen um 6 % bezog sich auf fast alle Einnahmearten. Auch die Sozialbeiträge sind um 6½ % und damit etwas stärker gewachsen als zu Jahresanfang erwartet. Hauptfaktor war jedoch die angesichts der Entlastungsmaßnahmen unerwartet kräftige Entwicklung der Steuereinnahmen, insbesondere der Veranlagungssteuern.

6. Der Finanzierungsüberschuß der privaten Haushalte hat sich 1978 wegen der erwartungsgemäß ge-

Gegenüberstellung der tatsächlichen Entwicklung im Jahre 1978 mit der Jahresprojektion der Bundesregierung

	Jahresprojektion	Tatsächliche Entwicklung [3]
Entstehung des Sozialprodukts	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
Erwerbstätige	± 0	+0,2
Arbeitslosenquote in % [1]	*(knapp 4½)*	*(4,3)*
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	−½	−1
Bruttoinlandsprodukt		
in Preisen von 1970 (BIP)	+ rd. 3½	+3 [4]
BIP je Erwerbstätigen	+ rd. 3½	+3
BIP je Erwerbstätigenstunde	+ rd. 4	+3½
Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen		
Privater Verbrauch	+6½ bis +7½	+6½
Staatsverbrauch	+6½ bis +7½	+6½
Anlageinvestitionen	+8 bis +9	+11
darunter:		
Öffentliche Investitionen	+9 bis +11	+14
Vorratsveränderung, Mrd. DM	(+12 bis +14) [2]	(+7)
Inlandsnachfrage	+6½ bis +7½	+7
Außenbeitrag		
Mrd. DM	(+26 bis +28) [2]	(+35)
Anteil am Bruttosozialprodukt in %	*(rd. 2)* [2]	*(2½)*
Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen	+6½ bis +7½	+7½
Preisentwicklung		
Privater Verbrauch	+ rd. 3½	+2½
Inlandsnachfrage	+ rd. 3½	+3
Bruttosozialprodukt	+ rd. 3½	+4
Verteilung des Sozialprodukts		
Volkseinkommen	+6½ bis +7½	+7½
Unternehmens- und Vermögenseinkommen (brutto)	+9 bis +11	+10½
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (Summe)	+ gut 5½	+6
Nachrichtlich:		
Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer	+5½	+5½
Sparquote	(13) [2]	(13)

[1] Bezogen auf die unselbständigen Erwerbspersonen
[2] Angepaßt an die inzwischen revidierten Zahlen des Statistischen Bundesamtes für 1977
[3] Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1979
[4] Bruttosozialprodukt in Preisen von 1970: +3½ %

stiegenen Sparquote und infolge des Anstiegs der verfügbaren Einkommen trotz des verstärkten Einsatzes von Eigenmitteln für den privaten Wohnungsbau gegenüber dem Vorjahr weiter erhöht. Bei der Geldvermögensbildung der privaten Haushalte hat die Geldanlage bei Banken vor allem wegen eines schwächeren Anstiegs der Spareinlagen an Bedeutung eingebüßt. Zugenommen haben insbesondere die Anteile des Bau- und Versicherungssparens.

Die finanzielle Situation des Unternehmenssektors hat sich auch aufgrund der außergewöhnlichen Verbesserung der Terms of Trade günstiger entwikkelt als erwartet. Die selbsterwirtschafteten Mittel (Vermögensbildung und Abschreibungen) nahmen stärker zu als die Bruttoinvestitionen, so daß die Unternehmen weit weniger als im Vorjahr auf fremde Mittel zurückgreifen mußten.

Entgegen den Erwartungen hat sich die Inanspruchnahme inländischer Finanzierungsmittel durch das Ausland gegenüber 1977 erhöht, da der nominale Außenbeitrag 1978 wieder zugenommen hat. Das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte hat sich 1978 dagegen weit weniger erhöht, als noch zu Jahresbeginn erwartet worden war.

Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors im Jahre 1978

(in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung)

	Jahresprojektion der Bundesregierung	Tatsächliche Entwicklung
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
Einnahmen		
Steuern	+ 2½ bis + 3½	+ 5½
Sozialbeiträge[1])	+ 5½ bis + 6	+ 6½
Sonstige Einnahmen	+ 3½ bis + 4½	+10½
Einnahmen insgesamt	+ 3½ bis + 4½	+ 6
Ausgaben		
Staatsverbrauch	+ 6½ bis + 7½	+ 6½
Einkommens- und Vermögensübertragungen[2])	+ 6 bis + 7	+ 6½
Investitionen	+ 9½ bis +10½	+14
Ausgaben insgesamt	+ 6½ bis + 7½	+ 7
Finanzierungssaldo, Mrd. DM	−46 bis −51[3])	−37

[1]) Einschließlich Beiträge an einen unterstellten Pensionsfonds
[2]) Einschließlich Zinsen
[3]) Angepaßt an die inzwischen revidierten Zahlen des Statistischen Bundesamtes für 1977

B. Jahresprojektion 1979

7. Die bis zum Jahresbeginn verfügbaren statistischen Indikatoren und die vom Programm zur Stärkung der Nachfrage und zur Verbesserung des Wirtschaftswachstums kommenden zusätzlichen Impulse lassen insgesamt erwarten, daß sich der konjunkturelle Erholungsprozeß 1979 fortsetzt. Von dieser Annahme gehen alle zur Zeit bekannten Vorausschätzungen aus. Schwer zu beurteilen ist jedoch, ob für den späteren Jahresverlauf, wenn die vom Staat kommenden Anstöße schwächer werden, bereits wieder mit einer Verlangsamung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gerechnet werden muß, oder ob es allmählich über eine Selbstverstärkung der konjunkturellen Auftriebskräfte zu einem sich selbsttragenden und ausreichend kräftigen Konjunkturaufschwung kommt, der aus eigener Kraft fortdauert. Die Aussichten hierfür scheinen z. Z. zwar günstiger als je in den letzten Jahren. Trotzdem bleiben einige Unsicherheiten bestehen. Nach wie vor besonders schwer abzuschätzen sind die außenwirtschaftlichen Einflußfaktoren, die in einem so stark mit der Weltwirtschaft verflochtenen Land wie der Bundesrepublik Deutschland auch für die Binnenkonjunktur von erheblicher Bedeutung sind. Die der Jahresprojektion zugrunde gelegten außenwirtschaftlichen Annahmen stimmen zwar weitgehend mit den — aus heutiger Sicht keineswegs zu optimistischen — Erwartungen internationaler Organisationen überein, gleichwohl ist angesichts der anhaltend starken weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte das Risiko einer ungünstigeren Entwicklung gerade in diesem Bereich nicht gering zu veranschlagen. Es wird außerdem auch von den Entscheidungen der Tarifvertragsparteien und dem Investitionsverhalten der Wirtschaft abhängen, ob der konjunkturelle Prozeß allmählich die erforderliche Eigendynamik entwickelt.

8. Wenn man davon ausgeht, daß das reale Wirtschaftswachstum 1979 im Durchschnitt der westlichen Industrieländer etwa die gleiche Größenordnung erreichen wird wie im vergangen Jahr, wobei die Tendenzen in den einzelnen Ländern allerdings sehr unterschiedlich sein dürften, kann für die Zunahme des Welthandelsvolumens mit rd. 5 % eine gegenüber 1978 ebenfalls nahezu unveränderte Entwicklung angenommen werden. Da sich gleichzeitig eine allmähliche Gewichtsverlagerung der Wachstumskräfte von den USA nach Westeuropa, dem Absatzschwerpunkt der deutschen Exporte, vollziehen dürfte, könnte die reale Warenausfuhr der Bundesrepublik 1979 auch bei unveränderter Welthandelsentwicklung beschleunigt zunehmen. Der bisherige Verlauf des Auftragseingangs aus dem Ausland sowie die verbesserten Exporterwartungen der Industrie stützen diese Erwartung ebenfalls. Schwer zu beurteilen ist allerdings, ob es aufgrund der deutlichen Höherbewertung der D-Mark zu einem Verlust an Marktanteilen kommt. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Wechselkursveränderung gegenüber den meisten westeuropäischen Ländern zuletzt im wesentlichen nur die auseinanderklaffenden Preisentwicklungen ausgeglichen hat.

Nachdem der reale Anstieg der Warenexporte im Vorjahr etwas hinter der Zunahme des Welthandelsvolumens zurückgeblieben war, wird in der Jahresprojektion für 1979 eine etwa parallele Entwicklung erwartet. Davon ausgehend und unter Berücksichtigung einer leicht beschleunigten Entwicklung der Exportpreise sowie einer gegenüber 1978 deutlich schwächeren Zunahme der Dienstleistungseinnahmen liegt der Jahresprojektion für 1979 eine

nominale Zunahme der Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen um 6 bis 7 %

zugrunde.

9. Die Entwicklung der Anlageinvestitionen wird seit nunmehr drei Jahren durch eine im Vergleich zu früheren Wachstumsperioden zwar verhaltene, insgesamt aber stetige Aufwärtsbewegung geprägt. Viele Anzeichen sprechen dafür, daß sich diese Entwicklung 1979 fortsetzen wird. Auch im Unternehmensbereich sind die Bedingungen für ein verstärktes Investitionswachstum in letzter Zeit günstiger geworden:

— Durch die eingetretene Verbesserung der Ertragslage sind die Selbstfinanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen verbessert worden,

— im Verarbeitenden Gewerbe haben sich die Geschäftserwartungen — dem Ifo-Konjunkturtest zufolge — seit Monaten zunehmend aufgehellt,

— entsprechend sind die Investitionsplanungen der Unternehmen inzwischen offenbar nach oben korrigiert worden, was auch bereits in einer beschleunigten Zunahme der Inlandsaufträge bei der Investitionsgüterindustrie und des Auftragseingangs des Baugewerbes für gewerbliche Bauten seinen Niederschlag gefunden hat.

Diese Anzeichen deuten darauf hin, daß im Unternehmenssektor 1979 mit einer weiterhin hohen Zunahme sowohl der Ausrüstungs- als auch der Bauinvestitionen gerechnet werden kann. In der Jahresprojektion wird entsprechend von einem realen Anstieg der Anlageinvestitionen der Unternehmen von 7 bis 8 % (nach 7 % im Vorjahr) ausgegangen, wobei sich auch der Anteil der Erweiterungsinvestitionen im Vergleich zu den Vorjahren etwas verstärken dürfte.

Auch bei den Wohnungsbauinvestitionen wird die Zunahme — normale Witterungsbedingungen vorausgesetzt — in diesem Jahr voraussichtlich stärker ausfallen als 1978. Zwar hat sich der Nachfrageanstieg in diesem Bereich im Verlaufe von 1978 deutlich abgeflacht. Der inzwischen angewachsene Auftragsbestand ist jedoch so groß, daß das Expansionstempo im Wohnungsbau vorerst nicht primär von der Nachfrage, sondern von den Angebotsmöglichkeiten bestimmt wird. In der Jahresprojektion wird für 1979 ein realer Anstieg der Wohnungsbauinvestitionen um 5 bis 6 % angenommen.

Die öffentlichen Anlageinvestitionen erhalten zwar auch 1979 noch kräftige Anstöße aus dem mittelfristigen Investitionsprogramm. Da jedoch bereits 1978 wesentliche Teile des Programms produktionswirksam wurden, dürfte die reale Zunahme der öffentlichen Anlageinvestitionen 1979 mit rd. 2 % bei weitem nicht mehr so hoch ausfallen wie im Vorjahr (+ 8 %). Insgesamt ist danach und unter Berücksichtigung einer leicht beschleunigten Zunahme der Baupreise für alle Sektoren (Unternehmen, Wohnungsbau, Staat) zusammengenommen der Jahresprojektion

für 1979 ein nominaler Zuwachs der Anlageinvestitionen um 10 bis 12 %

zugrunde gelegt worden.

10. Nachdem die Vorratsveränderung in den letzten beiden Jahren rückläufig gewesen war und die Lagerquote [1]) auf einen sehr niedrigen Stand gesunken ist, kann in diesem Jahr eher wieder ein positiver Wachstumsimpuls erwartet werden. Darauf deutet auch hin, daß in der Industrie die Zahl der Unternehmen, die ihre Lagerbestände als zu hoch empfinden, nach dem Ifo-Konjunkturtest deutlich abgenommen hat. Das für 1979 vorausgeschätzte höhere Wirtschaftswachstum wird zudem erfahrungsgemäß zu einer stärkeren Zunahme der im Produktionsprozeß befindlichen Vor- und Halbprodukte führen. Auch der Handel beabsichtigt — Unternehmensbefragung zufolge — in diesem Jahr eine Aufstockung seiner Lagerbestände. In der Jahresprojektion ist daher ein im Vergleich zu den Erfahrungen der Vergangenheit eher vorsichtig bemessener expansiver Impuls der Vorratsveränderungen in Höhe von rd. $^1/_3$ % des Bruttosozialprodukts angenommen worden.

11. Aufgrund der bisher bekannten Haushaltsplanungen der Gebietskörperschaften sowie einer auch für 1979 erwarteten verhaltenen Ausweitung der Sachleistungen im Sozialversicherungsbereich könnte der

Staatsverbrauch 1979 um $6^1/_2$ bis $7^1/_2$ %

zunehmen. Für die Verbrauchsausgaben der Gebietskörperschaften wird dabei mit einer gegenüber 1978 leicht beschleunigten Entwicklung gerechnet. Die im Vergleich zum Vorjahr geringfügig höher veranschlagte Zunahme der Personalausgaben des Staates entspricht der Annahme, daß sich die Personaleinstellungen in diesem Jahr etwas verstärken dürften.

12. Der Private Verbrauch dürfte auch 1979 eine wichtige Konjunkturstütze bleiben. Diese Erwartung baut nicht nur darauf, daß das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte durch die steuer- und finanzpolitischen Beschlüsse in diesem Jahr erheblich begünstigt wird, sie wird auch durch die im Verlaufe des vergangenen Jahres eingetretene deutliche Verbesserung des Konsumklimas [2]) gestützt.

---

[1]) Verhältnis von Vorräten zu Bruttosozialprodukt abzüglich Vorratsveränderung

[2]) Konsumklima-Index der Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik, Köln

Im einzelnen wird in der Jahresprojektion davon ausgegangen, daß die Nettolohn- und -gehaltssumme 1979 etwa wie im Vorjahr zunehmen wird und damit wegen der abermaligen Steuererleichterungen wiederum stärker als die Bruttolöhne steigt. Die Zunahme der Übertragungseinkommen vom Staat dürfte sich allerdings im Vergleich zum Vorjahr etwas abschwächen, obwohl die Sozialversicherungsrenten zu Beginn des Jahres wieder angehoben wurden und die Verbesserungen beim Kindergeld etwas stärker ausfallen als im Vorjahr. Für die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen wird für dieses Jahr angesichts der voraussichtlich erneut deutlich steigenden Netto-Unternehmens- und Vermögenseinkommen mit einer anhaltend kräftigen Zunahme gerechnet. Insgesamt könnte das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte mit etwa der gleichen Rate steigen wie 1978. Auch wenn die Sparquote aufgrund des weiteren Rückgangs freiwerdender Ersparnisse, die bisher im Rahmen der gesetzlichen Sparförderung festgelegt waren, wieder leicht zunehmen könnte, dürfte damit

der nominale Anstieg des Privaten Verbrauchs 1979 mit 6½ bis 7½ %

eher etwas höher ausfallen als im Vorjahr.

13. Verbrauch und Investitionen, also die inländischen Verwendungsarten des Sozialprodukts, sowie die Ausfuhr würden bei diesen Annahmen 1979 zusammengenommen nominal um 7 bis 8 % (nach 7 % im Vorjahr) zunehmen. Da für die nominale Einfuhr von Waren und Dienstleistungen in diesem Jahr mit einem Anstieg in der gleichen Größenordnung gerechnet wird, ergibt sich in der Jahresprojektion auch

für das Bruttosozialprodukt 1979 ein nominaler Anstieg von 7 bis 8 %.

Die für dieses Jahr angenommene Einfuhrentwicklung von 7 bis 8 % setzt eine erhebliche Beschleunigung gegenüber 1978 voraus, da die nominale Einfuhr von Waren und Dienstleistungen wegen des Rückgangs der Einfuhrpreise im Vorjahr nur um rd. 4 % — und damit deutlich schwächer als in der realen Betrachtung (+ 7 %) — zugenommen hatte. Für 1979 muß mit eher wieder steigenden Einfuhrpreisen gerechnet werden; allerdings dürfte ihr Anstieg im Jahresdurchschnitt erneut deutlich unter dem der inländischen Verwendungsarten des Sozialprodukts bleiben. Aufgrund der Annahmen für Ausfuhr und Einfuhr würde

der nominale Außenbeitrag von rd. 35 Mrd. DM im Jahre 1978 auf 30 bis 33 Mrd. DM in diesem Jahr zurückgehen.

14. Trotz der beschleunigten Zunahme von Nachfrage und Produktion dürften die Preise bei der in der Jahresprojektion unterstellten Kostenentwicklung weiterhin nur verhalten zunehmen. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß die unerwartet starke Verlangsamung der Verbraucherpreisentwicklung im Vorjahr, wie in Kapitel A der Anlage ausgeführt, teilweise auf Umstände — die rückläufigen Einfuhrpreise auf eine besonders gute Ernte — zurückzuführen war, deren Wiederholung zumindest im vorhinein nicht unterstellt werden kann. Trotzdem dürfte unter Berücksichtigung der zur Jahresmitte erfolgenden Mehrwertsteuererhöhung sowie der Verteuerung des Rohöls

im Jahresdurchschnitt 1979 eine Begrenzung des Anstiegs der Verbraucherpreise auf rd. 3 %

erreicht werden können, sofern insbesondere die Kostenentwicklung in den erforderlichen Grenzen gehalten werden kann.

Anders als die Verbraucherpreisrate könnte die Preisrate des Bruttosozialprodukts unter den der Jahresprojektion zugrundeliegenden Bedingungen 1979 eher wieder etwas — von 4 % im Vorjahr auf 3½ % — zurückgehen.

15. Bei der erwarteten Zunahme von nominalem Bruttosozialprodukt und Preisen würde

1979 ein reales Wirtschaftswachstum von rd. 4 %

erreicht werden können, wobei die Entwicklung von Bruttosozial- und Bruttoinlandsprodukt nicht mehr wie in den zwei Vorjahren auseinanderklaffen dürfte. Da das Produktionspotential in diesem Jahr voraussichtlich um knapp 3 % wachsen wird, würde die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung bei dem erwarteten Wirtschaftswachstum um etwa 1 % zunehmen. Für die Produktivität (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen) wird von einem im Vergleich zum Vorjahr leicht beschleunigten Anstieg um rd. 3½ % ausgegangen. Die Zahl Erwerbstätiger könnte danach in diesem Jahr um rd. ½ % oder etwa 100 000 zunehmen.

Bei dieser Beschäftigungsentwicklung kann 1979 mit einer weiteren Abnahme der Arbeitslosigkeit gerechnet werden. Das Ausmaß der in diesem Jahr erreichbaren Reduzierung der Arbeitslosenzahl hängt allerdings nicht nur von der Entwicklung der Beschäftigtenzahl ab, sondern wird auch von anderen Einflußfaktoren bestimmt. Einerseits ist zu berücksichtigen, daß das einheimische Erwerbspotential 1979 aus demographischen Gründen weiter zunimmt und den Arbeitsmarkt zusätzlich belastet. Andererseits wird es auch von der — schwer abzuschätzenden — Entwicklung der Zahl ausländischer Arbeitskräfte und der Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung abhängen, wie stark der Abbau der Arbeitslosigkeit bei der erwarteten Zunahme von gesamtwirtschaftlicher Produktion und Beschäftigung ausfällt. In der Jahresprojektion ist unterstellt worden, daß

im Jahresdurchschnitt 1979 ein Rückgang der Arbeitslosenquote von 4,3 % im Vorjahr auf knapp 4 % der unselbständigen Erwerbspersonen

erreicht werden kann.

16. Hinsichtlich der Einkommensverteilung wird in der Jahresprojektion für 1979 von einem

Anstieg des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit um rd. 6½ %

ausgegangen; für die Bruttolohn- und -gehaltssumme wird die gleiche Steigerungsrate zugrundegelegt. Hinter dieser Annahme steht die Erwartung, daß sich der Rückgang der Kurzarbeit auch in diesem Jahr fortsetzt und die Zahl beschäftigter Arbeitnehmer sich um rd. ½ % — und damit etwas stärker als im vergangenen Jahr — ausweitet. Unter den der Jahresprojektion zugrundegelegten Bedingungen würde sich dann eine

Zunahme der Unternehmens- und Vermögenseinkommen von (brutto) 9 bis 11 %

ergeben. Bei dem in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als Restgröße ermittelten Unternehmens- und Vermögenseinkommen handelt es sich um eine sehr komplexe Einkommensgröße, die nicht mit „dem Einkommen der Selbständigen" gleichgesetzt werden darf. Sie umfaßt neben den Erträgen der gewerblichen Wirtschaft, den Einkommen aus landwirtschaftlicher und freiberuflicher Tätigkeit unter anderem auch Zinsen sowie Miet- und Pachteinnahmen, die zu einem nicht geringen Teil auch Arbeitnehmern und Rentnern zufließen. Eine Vorausschätzung der einzelnen Bestandteile dieser globalen Einkommensgröße ist nicht möglich, da ihre Entwicklung von zu vielen Einflußfaktoren bestimmt wird, deren Zusammenwirken nicht vorhersehbar ist.

Die um Veränderungen in der Beschäftigungsstruktur bereinigte Lohnquote [1]) würde bei der in der Jahresprojektion angenommenen Einkommensentwicklung von gut 69 % im Vorjahr weiter auf rd. 68½ % zurückgehen. Dies entspräche knapp dem Stand von 1971; die bereinigte Lohnquote wäre damit immer noch um etwa 1 %-Punkt höher als im Durchschnitt der 60er Jahre. Für die Nettoreallöhne würde sich nach der Jahresprojektion 1979 mit rd. 3½ % ein etwa ebenso starker Anstieg ergeben wie im Vorjahr.

17. Wie bereits im Jahre 1978 werden vom öffentlichen Sektor auch 1979 starke Impulse auf die Nachfrage und das Wachstum der Volkswirtschaft ausgehen. Die öffentlichen Ausgaben sollen nach den derzeitigen Planungen — in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung — mit 6½ bis 7½ % etwa mit der gleichen Rate wie 1978 und somit eher etwas weniger als das nominale Bruttosozialprodukt zunehmen. Die öffentlichen Einnahmen dürften demgegenüber nach den vorliegenden Schätzungen um 5 bis 6 % und damit deutlich schwächer steigen als das nominale Bruttosozialprodukt. Der erwartete geringe Einnahmeanstieg geht auch 1979 auf die erheblichen Steuersenkungen zurück, die am 1. Januar 1979 in Kraft getreten sind und die sowohl die privaten Haushalte als auch die Unternehmen erneut spürbar entlasten. Dem stehen zwar höhere Mehrwertsteuereinnahmen als Folge der Steuersatzanhebung auf 13 % bzw. 6½ % ab 1. Juli 1979 gegenüber. Insgesamt ist aber gegenüber der sonst zu erwartenden Entwicklung ein Netto-Steuerausfall von rd. 8 Mrd. DM zu erwarten, so daß die gesamten Steuereinnahmen nur um 4½ bis 5½ % ansteigen dürften. Die Sozialbeiträge werden 1979 voraussichtlich um 6 bis 7 % zunehmen.

Einschließlich der sozial- und familienpolitischen Maßnahmen auf der Ausgabenseite wird das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte 1979 — wie 1978 — um jeweils annähernd 1 % des Bruttosozialprodukts erhöht. Auch für den Unternehmenssektor sind in beiden Jahren steuerliche Erleichterungen in Kraft getreten. Beeinflußt von diesen Maßnahmen wird das Finanzierungsdefizit des öffentlichen Sektors 1979 voraussichtlich auf etwa 3½ % des Bruttosozialprodukts steigen (nach

Entwicklung der Lohnquote von 1960 bis 1979

Jahr	Unbereinigte Lohnquote [1])	Bereinigte Lohnquote [2])		
		Basis 1960	Basis 1970	Basis 1977
	%			
1960	60,4	60,4	65,3	66,7
1961	62,7	62,1	67,1	68,5
1962	64,1	62,8	67,9	69,3
1963	65,1	63,2	68,3	69,8
1964	64,8	62,3	67,3	68,7
1965	65,6	62,6	67,6	69,1
1966	66,6	63,3	68,4	69,9
1967	66,4	63,2	68,3	69,7
1968	64,8	61,3	66,3	67,7
1969	66,1	61,8	66,8	68,2
1970	67,8	62,7	67,8	69,2
⌀ 1970/1960	64,9	62,3	67,4	68,8
1971	69,1	63,6	68,7	70,2
1972	69,5	63,7	68,9	70,3
1973	70,7	64,6	69,8	71,3
1974	72,6	66,3	71,7	73,2
1975	72,5	66,3	71,6	73,1
1976	71,1	64,7	69,9	71,4
1977	71,8	65,1	70,3	71,8
1978	70,9	64,0	69,2	70,7
1979 [3])	70,4	63,4	68,5	70,0

[1]) Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen

[2]) Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen, bereinigt um die Veränderung der Beschäftigtenstruktur seit dem jeweiligen Basisjahr

[3]) Jahresprojektion

[1]) Die bereinigte Lohnquote (konstante Beschäftigungsstruktur des Jahres 1970) betrug im Durchschnitt der Jahre 1960 bis 1969 67,3 %. Sie stieg in der ersten Hälfte der 70er Jahre deutlich an und erreichte 1974 mit 71,7 % ihren Höchststand. Seit 1975 war sie — unterbrochen durch einen leichten Anstieg im Jahre 1977 — wieder rückläufig.

2½ % im Jahre 1977 und 3 % im Jahre 1978). Insoweit die öffentliche Hand auf Steuereinnahmen verzichtet, beläßt sie mehr Kaufkraft im privaten Bereich und trägt auch längerfristig zur Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen bei, die für die Verbrauchs- und Investitionsentscheidungen von erheblicher Bedeutung sind.

Unter den öffentlichen Ausgaben wird beim Staatsverbrauch mit einem Zuwachs von 6½ bis 7½ % gerechnet. Dies bedeutet die Fortsetzung des verhaltenen Anstiegs sowohl des öffentlichen Personalstandes als auch der Löhne und Gehälter. Die Einkommens- und Vermögensübertragungen des Staates dürften 1979 mit 6 bis 7 % etwa so stark wie 1978 (+ 6½ %) zunehmen. Hier gleicht sich die stärkere Erhöhung des Kindergeldes mit verlangsamt steigenden anderen Leistungen aus. Bei den öffentlichen Investitionen wird damit gerechnet, daß sie nach 14 % im Jahre 1978 mit 8 bis 9 % im Jahre 1979 abermals verhältnismäßig kräftig wachsen. Nimmt man 1978 und 1979 zusammen, dürften die öffentlichen Investitionen in diesem Zeitraum real um jahresdurchschnittlich 5 % ansteigen.

18. Die finanzpolitischen Maßnahmen zur Verstärkung der Nachfrage und zur Verbesserung der Wachstums- und Beschäftigungsbedingungen werden mit fortgehender Konjunkturerholung zu einer kräftigen Erhöhung der verfügbaren Einkommen und auch des Finanzierungsüberschusses der privaten Haushalte führen, wenn von der realistisch scheinenden Annahme einer gegenüber dem Vorjahr geringfügig steigenden Sparquote ausgegangen wird. Dieselben Faktoren dürften bewirken, daß im Unternehmenssektor sowohl die selbsterwirtschafteten Mittel (Vermögensbildung und Abschreibungen) als auch die Bruttoinvestitionen weiter deutlich zunehmen werden. Im Ergebnis wird sich das Finanzierungsdefizit des Unternehmenssektors gegenüber 1978 wahrscheinlich kaum ändern. Zu erwarten ist dagegen ein Rückgang des Finanzierungsdefizits des Auslands, da der Außenbeitrag voraussichtlich zurückgehen wird. Bei dieser Entwicklung kann angenommen werden, daß die Finanzierung des durch die finanzpolitischen Maßnahmen gegenüber dem Vorjahr erneut steigenden Defizits des öffentlichen Gesamthaushalts ohne größere Schwierigkeiten möglich sein wird.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den Jahren 1975 bis 1978 und Eckwerte der Jahresprojektion für 1979

	1975	1976 [1]	1977 [1]	1978 [2]	1979 [3]
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Entstehung des Sozialprodukts					
Erwerbstätige	− 3,4	− 0,9	— 0,3	+ 0	+ rd. 1/2
Arbeitslosenquote in % A [4])	*(4,7)*	*(4,6)*	*(4,5)*	*(4,3)*	*(knapp 4)*
B [5])	*(4,1)*	*(4,0)*	*(3,9)*	*(3,8)*	*(knapp 3 1/2)*
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	− 1,4	+ 1,0	− 0,8	− 1	− 1/2
Bruttoinlandsprodukt					
in Preisen von 1970 (BIP)	− 2,1	+ 5,6	+ 2,8	+ 3 [6])	+ rd. 4
BIP je Erwerbstätigen	+ 1,4	+ 6,5	+ 3,1	+ 3	+ rd. 3 1/2
BIP je Erwerbstätigenstunde	+ 2,8	+ 5,5	+ 3,9	+ 3 1/2	+ rd. 4
Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen					
Privater Verbrauch	+ 9,3	+ 8,3	+ 7,0	+ 6 1/2	+ 6 1/2 bis + 7 1/2
Staatsverbrauch	+11,0	+ 5,6	+ 5,6	+ 6 1/2	+ 6 1/2 bis + 7 1/2
Anlageinvestitionen	− 0,9	+ 8,4	+ 7,6	+11	+10 bis +12
dar.: Öffentliche Investitionen	− 0,6	− 0,6	− 0,4	+14	+ 8 bis + 9
Vorratsveränderung, Mrd. DM	(− 3,3)	(+13,7)	(+11,2)	(+ 7)	(+10 bis +13)
Inlandsnachfrage	+ 6,3	+ 9,5	+ 6,5	+ 7	+ 8 bis + 9
Außenbeitrag, Mrd. DM	(+29,8)	(+29,6)	(+28,6)	(+35)	(+30 bis +33)
Anteil am Bruttosozialprodukt in %	*(2,9)*	*(2,6)*	*(2,4)*	*(2 1/2)*	*(2 1/2)*
Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen	+ 4,7	+ 9,2	+ 6,3	+ 7 1/2	+ 7 bis + 8
Preisentwicklung					
Privater Verbrauch	+ 6,2	+ 4,5	+ 3,8	+ 2 1/2	+ rd. 3
Inlandsnachfrage	+ 5,8	+ 3,8	+ 3,8	+ 3	+ rd. 3 1/2
Bruttosozialprodukt	+ 6,8	+ 3,3	+ 3,6	+ 4	+ rd. 3 1/2
Verteilung des Sozialprodukts					
Volkseinkommen	+ 4,2	+ 9,5	+ 6,1	+ 7 1/2	+7 bis + 8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen (brutto)	+ 4,4	+15,2	+ 3,5	+10 1/2	+9 bis +11
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (Summe)	+ 4,1	+ 7,3	+ 7,1	+ 6	+ rd. 6 1/2
Nachrichtlich:					
Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer	+ 7,2	+ 7,0	+ 6,9	+ 5 1/2	+ rd. 6
Sparquote	(15,4)	(13,4)	(12,5)	(13)	(rd. 13)

[1]) Vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes
[2]) Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes
[3]) Jahresprojektion
[4]) Bezogen auf die unselbständigen Erwerbspersonen
[5]) Bezogen auf alle Erwerbspersonen
[6]) Bruttosozialprodukt in Preisen von 1970: +3 1/2 %

Außenwirtschaftliche Beziehungen in den Jahren 1974 bis 1978 und Eckwerte der Jahresprojektion für 1979

(in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung)

	1974	1975	1976 [1]	1977 [1]	1978 [2]	1979 [3]
	Mrd. DM					
In jeweiligen Preisen						
Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen	276,19	272,51	311,78	329,18	348,36	370
Einfuhr von Waren und Dienstleistungen	232,75	242,68	282,22	300,58	313,16	338
Außenbeitrag	+43,44	+29,83	+29,56	+28,60	+35,20	+32
Anteil am BSP in %	*(4,4)*	*(2,9)*	*(2,6)*	*(2,4)*	*(2,7)*	*(2½)*
Saldo der Übertragungen	−18,13	−19,59	−20,33	−20,85	−21,05	−22
Bilanz der laufenden Rechnung	+25,31	+10,24	+ 9,23	+ 7,75	+14,15	+10
Anteil am BSP in %	*(2,6)*	*(1,0)*	*(0,8)*	*(0,6)*	*(1,1)*	*(½)*
Real (in Preisen von 1970)						
Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen	214,73	201,86	224,47	233,22	244,77	256
Einfuhr von Waren und Dienstleistungen	172,14	178,11	197,84	206,29	220,63	236
Außenbeitrag	+42,59	+23,75	+26,63	+26,93	+24,14	+20
Anteil am BSP in %	*(5,6)*	*(3,2)*	*(3,4)*	*(3,3)*	*(2,9)*	*(2½)*
In jeweiligen Preisen	Veränderung gegenüber Vorjahr in %					
Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen	*+28,6*	*−1,3*	*+14,4*	*+5,6*	*+5,8*	*+6 bis +7*
Einfuhr von Waren und Dienstleistungen	*+25,4*	*+4,3*	*+16,3*	*+6,5*	*+4,2*	*+7 bis +8*
Real (in Preisen von 1970)						
Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen	*+11,8*	*−6,0*	*+11,2*	*+3,9*	*+5,0*	*+4 bis +5*
Einfuhr von Waren und Dienstleistungen	*+ 3,6*	*+3,5*	*+11,1*	*+4,3*	*+7,0*	*+6½ bis +7½*

[1]) Vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes
[2]) Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes
[3]) Gerundete Mittelwerte bzw. Eckwerte der Jahresprojektion

Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors

(in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung)

	1975	1976	1977	1978	1979 [1]
Einnahmen	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Steuern	*− 0* [2]	*+12,6*	*+11,2*	*+ 5½*	*+4½ bis +5½*
Sozialbeiträge [3]	*+ 9,3*	*+12,5*	*+ 7,3*	*+ 6½*	*+6 bis +7*
Sonstige Einnahmen	*+ 3,2*	*+13,8*	*+ 3,6*	*+10½*	*+3½ bis +4½*
Einnahmen insgesamt	*+ 3,3*	*+12,6*	*+ 9,3*	*+ 6*	*+5 bis +6*
Ausgaben					
Staatsverbrauch	*+11,0*	*+ 5,6*	*+ 5,6*	*+ 6½*	*+6½ bis +7½*
Einkommens- und Vermögensübertragungen [4]	*+19,2*	*+10,3*	*+ 8,7*	*+ 6½*	*+6 bis +7*
Investitionen	*+ 0,7*	*− 1,6*	*− 0,1*	*+14*	*+8 bis +9*
Ausgaben insgesamt	*+13,8*	*+ 7,3*	*+ 6,7*	*+ 7*	*+6½ bis +7½*
Finanzierungssaldo in Mrd. DM	−59,4	−40,6	−30,6	−37	−43 bis −48

[1]) Jahresprojektion
[2]) Einschließlich Stabilitätszuschlag und Investitionssteuer (bereinigt +1,0)
[3]) Einschließlich Beiträge an einen unterstellten Pensionsfonds
[4]) Einschließlich Zinsen

Anlage II

Bericht über die Abwicklung des Programms für Zukunftsinvestitionen

— Stand 31. Dezember 1978 —

Das von der Bundesregierung am 23. März 1977 beschlossene mehrjährige öffentliche Investitionsprogramm zur wachstums- und umweltpolitischen Vorsorge („Programm für Zukunftsinvestitionen") wurde im Jahre 1978 weiter zügig abgewickelt.

Auswahl und Festlegung der zu fördernden Projekte ist in allen Programmbereichen weit forgeschritten. Bis Ende 1978 waren Projekte mit einem Investitionsvolumen von über 17 Mrd. DM festgelegt. Hiervon wurden bis zum gleichen Zeitpunkt Aufträge im Gesamtwert von rd. 11 Mrd. DM vergeben, wovon etwa 4½ Mrd. DM bereits auf das Jahr 1977 entfielen. Damit konnten die Zielvorstellungen des Programms bisher voll realisiert werden. Aufgrund der höheren Mitleistungen von Gemeinden und Dritten dürfte sich das Gesamtprogramm jetzt auf rd. 20 Mrd. DM erhöhen. Damit bestätigt sich die Annahme im Jahreswirtschaftsbericht 1978, daß das ursprünglich vorgesehene Gesamtvolumen des Programms von 16 Mrd. DM erheblich überschritten wird.

Das Programm für Zukunftsinvestitionen hat mit seinen Anstoßwirkungen wesentlich zur Belebung der allgemeinen Wirtschaftstätigkeit im Jahre 1978 beigetragen. Da die vergebenen Aufträge vorwiegend auf den Baubereich entfielen, hat das Programm insbesondere zu einer deutlichen Verbesserung der Kapazitätsauslastung und der Beschäftigungssituation in diesem Wirtschaftsbereich geführt. Verschiedentlich ist die Durchführung von Projekten an Kapazitätsgrenzen gestoßen; die weitere Abwicklung des Programms sollte deshalb flexibel gehandhabt werden, um eine verstetigende Entwicklung zu unterstützen.

Produktionsmäßig dürfte das Programm bis Ende 1978 in einer Größenordnung von 6 bis 7 Mrd. DM umgesetzt worden sein. Aus den bestehenden Auftragsüberhängen 1978 sind noch beträchtliche Produktions- und Beschäftigungseffekte für 1979 und für 1980 zu erwarten. Aufgrund des höheren Gesamtinvestitionsvolumens des Programms (ca. 20 Mrd. DM) kann für diese beiden Jahre mit weiteren Vergaben von annähernd 10 Mrd. DM gerechnet werden.

Kassenmäßig ist das Programm bisher allerdings erst in geringerem Umfang abgewickelt. Vom Bund wurden bis 1978 rd. 2 Mrd. DM an Zahlungen geleistet; entsprechende Angaben von Ländern und Gemeinden liegen noch nicht vor.

Für die einzelnen Programmteile ergibt sich folgender Stand der Abwicklung:

1. Verkehrsbereich

Bei den Verkehrsmaßnahmen sind die einzelnen Projekte nahezu vollständig festgelegt. Induziert werden dadurch Investitionen von 3,5 Mrd. DM. Bis Ende 1978 wurden Aufträge von rd. 1,3 Mrd. DM vergeben. Besonders weit fortgeschritten ist die Vergabe bei Maßnahmen zur Beseitigung von Unfallschwerpunkten, im Bahnbereich sowie beim Schallschutz. Für 1979 ist mit weiteren Aufträgen in erheblichem Umfange zu rechnen.

Beim Dollarthafen-Projekt sind die Verhandlungen mit den Niederlanden noch im Gange. Erst nach ihrem Abschluß kann mit dem Projekt begonnen werden.

2. Forschungs- und Entwicklungsvorhaben

Im Forschungs- und Entwicklungsbereich, wo die Schwerpunkte bei der Entwicklung neuer Technologien zur Energieeinsparung und Kohlenutzung (rationelle, umweltfreundliche Energieverwendung) liegen, wurden bisher Projekte mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 1,6 Mrd. DM festgelegt. Bewilligungen wurden in gleicher Höhe vorgenommen.

3. Rhein-Bodensee-Programm

Für Abwassermaßnahmen zur Sanierung des Rheins und des Bodensees wurden bisher Projekte mit einem Investitionsvolumen von 3,2 Mrd. DM ausgewählt. Davon sind bereits 2,3 Mrd. DM auftragswirksam geworden. Die Wirkungen dieser Maßnahmen liegen vor allem im Tiefbaubereich. Fast 60 % des Fördervolumens entfallen auf Kläranlagen, etwa 30 % auf Verbindungssammler und Regenwasserrückhaltung, der Rest auf Kanalisation.

4. Sicherung der Trinkwasserversorgung, Abwehr von Erosion und Überschwemmung, Küstenschutz

Bisher wurden Aufträge für über 1,5 Mrd. DM vergeben. Das geförderte Investitionsvolumen beträgt etwa 2 Mrd. DM. Die restliche Auftragsvergabe ist für 1979 zu erwarten.

5. Wasser-Notversorgung

Bei den Bundesmaßnahmen der Wasser-Notversorgung sind alle Projekte bestimmt. Danach ergibt sich ein gefördertes Investitionsvolumen von knapp 140 Mio DM. Aufträge sind in Höhe von annähernd 110 Mio DM vergeben worden.

6. Verbesserung der Lebensbedingungen in Städten und Gemeinden

Das Fördervolumen dieses Programmteils liegt erheblich über den ursprünglichen Plänen. Damit werden auch die vom Programm ausgehenden Nachfragewirkungen vor allem für den Hochbau wesentlich verstärkt. Das geförderte Investitionsvolumen stellt sich aufgrund der bisher festgelegten Projekte auf rd. 4 Mrd. DM. Aufträge wurden bisher für 2,2 Mrd. DM erteilt. Mit weiteren erhebli-

chen Auftrags- und Produktionswirkungen aus diesem Programmteil wird auch 1979 zu rechnen sein.

7. Infrastrukturmaßnahmen in Schwerpunktorten der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"

Ausgewählt wurden bisher 443 Vorhaben mit einem Investitionsvolumen von über 550 Mio DM. Damit sind etwa 70 % der Bundes- und Ländermittel gebunden. Bis Ende 1978 wurden Aufträge in Höhe von 490 Mio DM erteilt.

8. Erhaltung und Wiederaufbau von Baudenkmälern und Kulturbauten

In diesem Bereich wurde bis Ende 1978 ein Gesamtinvestitionsvolumen von annähernd 200 Mio DM festgegelegt. Etwa die Hälfte dürfte in Aufträge umgesetzt sein.

9. Dorferneuerung

Das geförderte Investitionsvolumen liegt aufgrund der ausgewählten Projekte schon jetzt mit ca. 510 Mio DM fast doppelt so hoch wie der ursprüngliche Planansatz für die öffentlichen Mittel. Bisher sind über 5 000 Projekte zur Förderung vorgesehen. An Aufträgen wurden annähernd 440 Mio DM vergeben, das sind über 80 % des bisherigen Fördervolumens.

10. Fernwärmeversorgung

Bei den Maßnahmen zum Ausbau der Fernwärmeversorgung wurde bis jetzt ein Gesamtinvestitionsvolumen von 1,3 Mrd. DM durch konkrete Projekte belegt. Auftragswirksam wurden davon bis Ende 1978 schätzungsweise 360 Mio DM. Der Schwerpunkt der Auftragsvergabe dürfte 1979 liegen, da es sich vor allem um längerfristige Großprojekte mit entsprechendem Planungsvorlauf und Genehmigungsverfahren handelt.

11. Berufsbildung

Bis Ende 1978 waren Projekte mit einem Investitionsvolumen von rd. 460 Mio DM festgelegt. Davon ist der größte Teil bereits in Aufträge umgesetzt worden.